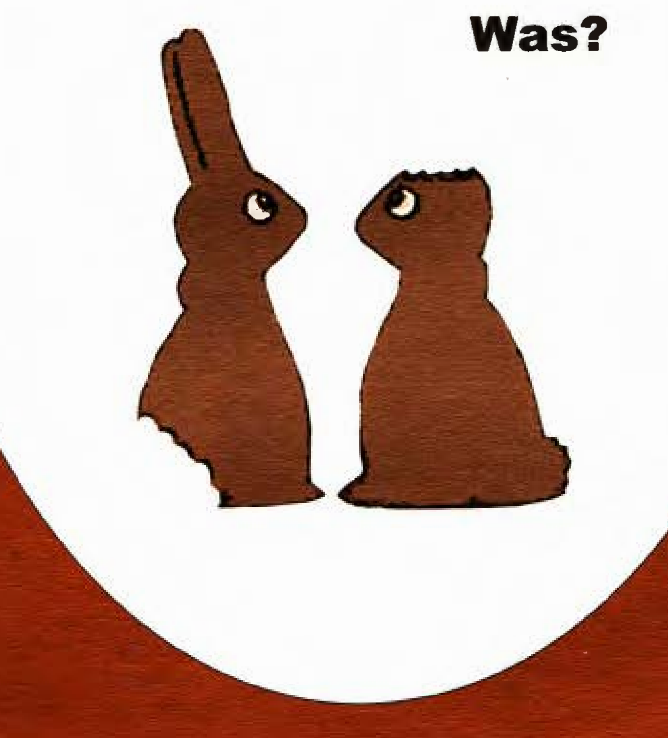
ZECK

Nr. 125 März / April 2005

Das Fähnchen aus der Flora

Mein Arsch
tut weh



Vorwort

Trotz des durch Influenza stark dezimierten Redaktionskollektivs haben wir, tätätätä, eine neue Ausgabe auf die Beine gestellt. Der Schwerpunkt liegt, wie sollte es anders auch sein, auf dem Widerstand gegen den Hotelbau im Schanzenpark. Immerhin findet mittlerweile auch eine Verknüpfung mit anderen Problematiken statt, sodaß der Blick über den Tellerrand geglückt ist. Desweiteren werfen wir eine Vorausschau auf den Euro-Mayday und einen Rückblick auf die Demo gegen Brechmittel in Bremen.

Zu unserer allgemeinen Erheiterung hat der Fahnenstreit nun auch seinen Weg in und an die Flora gefunden. Nach der teilweisen Überpinselung eines Transparents zu Dresden das mit dem Royal Airforce Abzeichen versehen war und von Unbekannten an der Flora aufgehängt wurde, melden sich diese jetzt empört zu Wort. Wir sind uns recht sicher daß die Verwendung solcher Symbolik - insbesondere an der Flora - vor allem auch in die Linke hinein reichen soll. Auch deshalb gehen wir mal davon aus, dass zur nächsten Ausgabe einige Texte hierzu erscheinen werden. Wir möchten aber an dieser Stelle schon mal unsere Verwunderung darüber kundtun, dass das der positive Bezug auf militärische und nationale Symbole jetzt als differnzierte Position betrachtet wird. Alle Achtung, wir verneigen uns in Demut vor solch geschliffener Reflektiertheit...

Weiter befindet sich ein Text im Heft, der sehr kritisch die antifaschistische Mobilisierung nach Dresden beschreibt. Das im Text an einer Stelle inhaltslos auf einer Hamburger Antifa Gruppe rumgehackt wird, hat uns dabei eher genervt. Er beschreibt allerdings auch recht treffend das innerlinke Dilemma dieser Mobilisierung und darüberhinaus die Notwendigkeit zu einer weiteren inhaltlichen Auseinandersetzung innerhalb der Linken.

Die nächste Ausgabe wird übrigens einen Schwerpunkt zum 8. Mai haben. Wie dieser aussieht wird nicht zuletzt wie immer auch an den Zuschriften unserer werten LeserInnen liegen. Texte die länger als 3 Seiten sind werden übrigens generell nur im Ausnahmefall und nach Rücksprache veröffentlicht. Einsendeschluß für Texte ist der 16. April.
Wir wünschen Euch und uns daß der Winter bald vorbei ist und sehen uns dann im Frühjahr wieder!!!

Bis dann die Redaktion

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30,
20148 Hamburg
Kontakt: zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71,
20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-habe-name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag

#10.000 in HH gegen Studiengebühren

Am 3.2.05 demonstrierten bis zu 10.000 Studierende aus ganz Norddeutschland in der Hamburger Innenstadt gegen Studiengebühren.
Die Teilnehmerzahler übertrafen bei weitem die Erwartungen der Organisatoren. Alleine aus Bremen waren 1000 Studierende angereist. Das



Medieninteresse war groß. N-TV sendete live von der Auftaktkundgebung und die Tagesschau schaltete um kurz nach drei live an die Demostrecke um einen AStA-Vertreter zu interviewen.
Auf der Mönckebergstraße wurde Konterfeis von Wissenschaftssenator und Uni-Präsident mit Obst und Gemüse beworfen. Die Reste wurden eingesammelt und der Polizei übergeben. Sie war gar nicht erfreut gewesen, dass sie hinter den Zielscheiben stand.
Vor dem Alsterhaus [Kaufhaus, gehört zu Karstadt und ist gerade renoviert worden] fürchtete die Polizei die Parole "Ist es mit der Bildung aus, plündern wir das Alsterhaus!" Als sich dann ein Transparent samt Studierenden (Bild: "100 Autonome") in Richtung Eingang bewegte prügelte die Polizei los. Folge war mindestens eine Platzwunde an der Schläfe einer Demonstrantin.
Vor dem Strafjustizgebäude gab es einen weiteren Zwischenfall. Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (schwarze Kampfanzüge) schnappte sich einen Demonstranten, den sie schon länger im Visier hatten. Der darauffolgende Tumult legte sich schnell. Nur eine Polizeieinheit war mehrere ruhige Minuten später der Ansicht sich erneut in die Demo prügeln zu müssen. Stark in Unterzahl konnten sie mit Mühe und Not verhindern die Treppen zur U-Bahn hinunter zu fallen, die sie sichern wollten. Nur gab es dort gar nichts zu sichern. Über andere Eingänge konnte die U-Bahnstation betreten werden und es war nichts zu sehen, was diesen Einfall in die Demo nötig gemacht hätte.
Ansonsten verlief die Demo ruhig, friedlich und in geordneten Bahnen.
Hamburg gehört zu den sechs Bundesländern, die sich vor dem BVerfG die Möglichkeit erstritten haben allgemeine Studiengebühren einzuführen. Für Hamburg hat Wissenschaftssenator Jörg Dräger angekündigt bis zum Herbst einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen in dem die Hochschulen selber über das ob, wie und wer der Studiengebühren entscheiden können. Jürgen Lüthje, Präsident der Universität, freut sich bereits auf zusätzliche Millionen, die er zusammen mit der "Vertretung der Studierenden" eintreiben und in einem Fonds verwalten möchte.

#Demonstrationen gegen Bush

Am 24.02. fand in der Mainzer Innenstadt eine bundesweite Demostration gegen den Besuch des US-Präsidenten George W. Bush statt. Aufgerufen hatte das Aktionsbündnis "Not welcome, Mr. Bush!". Der Zug bewegte sich außerhalb der Sicherheitszone, die weiträumig um die Aufenthaltsorte der Staatsgäste gezogen war.
Aufsehen erregten zwei Umweltschützer von "Greenpeace", die in einer halsbrecherischen Aktion ein Protest-Transparent vom Dach des Hauptbahnhofs flattern ließen. Beamte des Bundesgrenzschutzes entfernten es nach wenigen Minuten und nahmen die Greenpeace-Leute fest, bevor sie sich auf dem Dach anseilen konnten.
Die Umweltschützer wurden dem Haftrichter vorgeführt, der sie dann allerdings auf freien Fuß setzte - gleichwohl müssen beide nun mit Strafbefehlen wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte rechnen.
Aber auch Bushs Freunde hatten sich zum Demonstrieren angemeldet. Zwei Stunden vor der Anti-Bush-Demo fand - etwas abseits am Mainzer Südbahnhof - eine Kundgebung von 20 aufrechten Bush-Gegner-Gegnern statt. Durch eine lockere Reihe Polizei von dreimal so vielen Gegen-Gegen-Gegen-Bush-Demon stranten getrennt, wurde ebenso lebhaft wie lautstark über US-amerikanische Politik, den Irak und die UNO diskutiert.

Nach dieser kleinen Aufwärmrunde begann auch schon die Auftaktkundgebung der Gegen-Bush-Demo in der Mainzer Innenstadt. Dorthin kamen ein paar mehr Leute als zu den Pro-Bushlern - die Angaben schwanken zwischen 5.000 und 15.000 Teilnehmern.
Neben Friedensthemen wurde vor allem die Position der USA zum Kyoto-Abkommen und ein drohender Krieg gegen den Iran thematisiert. Obwohl auch ein paar Fahnen der Jusos und der Grünen zu sehen waren, kam die Kritik an der deutschen Kriegspolitik nicht zu kurz. So heißt es z.B. im Aufruf der DFG-VK: "Es gibt keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Militärpolitik der USA und derjenigen der EU. Die USA treten so rücksichtslos auf, wie sie es sich als führende Macht erlauben können; die EU, die noch Rücksichten nehmen muß, versucht mit allen Mitteln, es ihr nachzutun. [...] Wer gegen George W. Bush protestiert, hat allen Grund, auch Gerhard Schröder in seine Gebete einzuschließen."

Die Demo war eine sehr lockere Angelegenheit. Man schlenderte so daher, ein bunter Haufen aus alter Friedensbewegungen, Punks, ein paar Schwarzgekleideten, vor allem aber vielen linkspolitisierten jungen Menschen.



Blockstrukturen waren nicht zu erkennen. Auf dem FAU-Lauti spielte zwischendurch Klaus der Geiger. Alles ganz nett und entspannt. Etwas zu entspannt vielleicht. So einen kleinen Vorstoß in Richtung Rote Zone hätte man doch ruhig mal versuchen können...

Die Repressionsorgane haben ihre "Anti-Konflikt-Teams" lustige Buttons unter den Demoteilnehmern verteilen lassen und mehr oder minder erfolgreich versucht, bestimmte Äußerungen auf Plakaten, etwa dass Bush ein Terrorist sei, zu zensieren.
Die inzwischen demoüblichen Uner freulichkeiten gibt es auch aus Mainz zu berichten. Gruppen von Demonstranten wurden auf dem Weg zur Demo kontrolliert und leibesvisitiert. Fotografen, die die Kontrollen dokumentieren wollten, wurden an ihrer Arbeit gehindert. Auch wurde die völlig friedliche und entspannte Demonstration durchgängig von Kamera-Teams der Polizei abgefilmt.
(Wenn die polizeilichen Filmteams unter den Hobby- und professionellen Fotografen diesmal auch fast untergegangen sind.)
Besonders irritierenden war, dass sich bei der Zwischenkundgebung neben dem Kamera-Team der Polizei auch Feldjäger der Bundeswehr positionierten und die Demonstranten abfilmten.
Quelle: indymedia

#Euromayday

Flexworkers of europe let's unite!
There's a World of Rights to Fight for:
Steady Income & Paid Vacation,
Access to Housing, Loving, Hacking

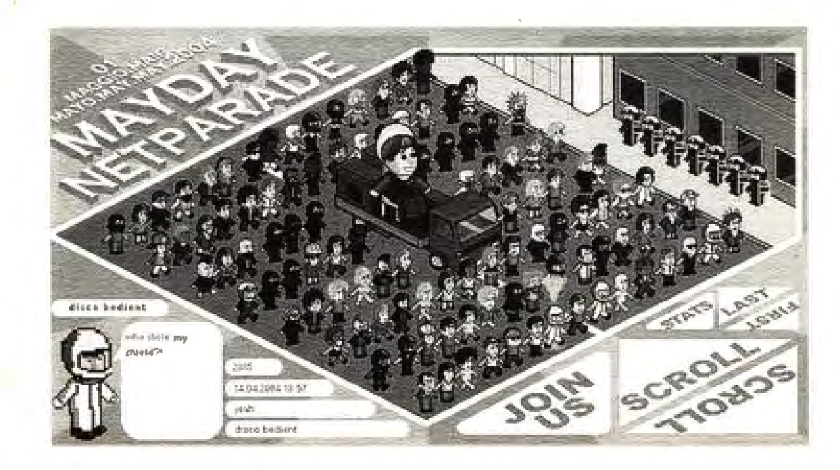
"Während europaweit am 1. Mai Sozialdemokratie und Gewerkschaften ihre Rituale begehen und en passant nach wie vor die zynische Propaganda von der 'Vollbeschäftigung' betreiben, waehrend andererseits grüne Parteien versuchen, mit dem 'Tag der Arbeitslosen' am 30. April ein dichotomes Gegengewicht dazu zu schaffen, ist die Realität von Arbeit und Arbeitslosigkeit schon längst weitergezogen; hinein in eine Welt, in der nicht nur Arbeit und Arbeitslosigkeit in unzähligen Zwischenformen diffus werden und verschwinden, sondern in der auch Formen und Strategien des Widerstands neu erfunden werden müssen."
(G. Raunig -- Antiprekaritärer Aktivismus und Mayday Parades)

Dieser "Neuerfindung" des Widerstandes gegen die Prekarisierung von Arbeit und Leben hat sich euromayday verschrieben. Erfunden in Milano, gingen 2004 aber auch in Barcelona zigtausende Prek"re auf die Strasse, kleinere Demonstrationen gab es in Helsinki, Dublin und auf Sizilien. Entlang der Achse von prekären Arbeits- bzw. Lebensverhältnissen und Migration artikulierten die mayday-Paraden den direkten Ausdruck des Widerstandes gegen die kapitalistischen Verhältnisse. Sowohl auf Ebene der Forderungen als auch auf jener der Protestformen geht es um einen Bruch mit den Traditionsveranstaltungen der "stärksten der Parteien". Vielmehr geht es um die bunte, laute und machtvolle Demonstration der Vielfalt der Widerstandsformen.

Auch in Hamburg trifft sich seit Anfang Dezember ein Vorbereitungskreis, der die Möglichkeit eines Euromayday in Hamburg diskutiert.

Ursprünglich initiiert von der Gesellschaft für Legalisierung und der Kampagne Hamburg Umsonst, und bundesweit unterstützt von antirassistischen und NoBorder Netzwerken, hat sich ein breiterer Kreis gebildet, der bereits konkrete Veranstaltungen plant.
Rund um den 1. Mai soll es Aktionen und inhaltliche Veranstaltungen zum Thema der Prekarisierung geben, und möglicherweise wird auch eine größere Mayday Parade nach den Beispielen aus Mailand und Barcelona stattfinden.
Dies wird auch davon abhängen, ob sich weitere Gruppen und Personen in den Vorbereitungsprozess einbringen werden.
Das internationale Netzwerk soll nun durch ein gemeinsames Manifest und einen gemeinsamen Aufruf gestärkt werden. Am 12. März findet in Paris das nächste Euromayday Treffen statt.

Achtet auf Ankündigen für die nächsten Vorbereitungstreffen in Hamburg. Weitere Infos unter www.prekarisierung.de



#Demo zum Erhalt der Yorck59!

Am Samstag, den 05.02.05 gab es in Berlin Charlottenburg eine Demonstration zum Erhalt der Yorcksraße 59 und anderer bedrohter Projekte. Es waren ca. 600 Menschen anwesend.

Hauptanliegen der Demonstration war der Erhalt der Yorckstraße 59, welche durch ein Räumungsurteil akut bedroht ist. Am Freitag, den 04.02 gab es einen Runden Tisch, an dem eine Lösung des Konflikts gesucht werden sollte, aber Hausbesitzer Marc Walter erschien nicht. Unter anderem weil er sich durch Farbbeutelattacken auf seine Immobilien persönlich bedroht fühle.
Es wurde sich aber auch mit anderen bedrohten Betroffenen der Stadtumstrukturierung solidarisiert, so gab es z.B. Redebeiträge von der Wagenburg Schwarzer Kanal, von BewohnerInnen des Waldekiezes, der offenen Uni Berlin's und einer Hamburger Gruppe gegen die Privatisierung des Schanzenparks.
Außerdem gab es noch Redebeiträge vom AntiHartzBündnis, von der Anti Rassistischen Initiative und anderen.

Den DemonstrantInnen wurde verboten direkt vor das Haus von Walter (Mommsenstr.9) und vor das Büro von Marweld (Kantstr.134) zu ziehen, da laut der Polizei Belagerungszustände zu erwarten wären. So standen die DemonstrantInnen am Ende der Demonstration ca. 50 Meter von Marwelds Büro entfernt, vor einer Kette behelmter Bullen der Einheit 23. Marweld schaute auch gleich aus seinem Fenster und versuchte DemonstrantInnen zu knipsen.

Dennoch war die Stimmung recht kämpferisch, die Samba Band spielte und der Lauti machte auch was her. Die Polizei hielt sich bis auf vereinzelnde Vorkontrollen zurück.
Homepage:http://www.yorck59.net _

Widerstand im Schanzenviertel Reloaded



Nach den Mobilisierungen im Zusammenhang mit der Räumung des Bambule-Wagenplatzes ab November 2002 hat nun anlässlich des begonnenen Umbaus des alten Wasserturms im Schanzenpark zu einem Luxushotel ein neuer - noch diffuser - widerständiger Mobilisierungsschub das Alternativmilieu des Schanzenviertels samt teilweise reformistischer PolitstrategInnen und diverser Jugendszenen erfasst. Teile der radikalen Restlinken sorgen wie bei der Bambule-Kampagne für ein Minimum an Organisierung der Demonstrationen und der meist symbolischen Aktionen. Inhaltlich richten sich die Demos und Aktionen bisher hauptsächlich gegen die durch Luxushotel (und Messeerweiterung) getriebene Aufwertung und Umstrukturierung des Schanzenviertels und die zukünftig eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten des Parks für alle nicht ganz "normalen Menschen" (O-Ton der Wasserturm Projektentwicklungsgesellschaft Patrizia).

Damit nicht wie bei der Bambule-Mobilisierung vor zweieinhalb Jahren eine eindimensionale inhaltliche Ausrichtung in eine politische Sackgasse führt und die Chance vertan wird, an den Auseinandersetzungen um den Wasserturm systemkritische Perspektiven gegen die Politik des Senats zu entwikkeln, wollen wir die Auseinandersetzungen und Debatten der autonomen Linken zu Umstrukturierung (selbst)kritisch reflektieren und in den Gesamtkontext der fortschreitenden Aufwertung der westlichen Innenstadt einordnen. Wir wollen dafür werben, den Mobilisierungsschub für eine Verbreiterung linksradikaler Politikansätze zu nutzen.

Bewegungshistorie

Der Hotelneubau im Wasserturm des Schanzenparks hat gegenwärtig das Potential, zumindest halb so viel Aufmerksamkeit zu erregen wie vor 16 Jahren der Versuch, in der Roten Flora ein Musical Palast entstehen zu lassen. Der Kampf gegen das Musical und unmittelbar daran anschließend um die Durchsetzung einer Roten Flora war Höhepunkt und Abschluss von Häuserkämpfen im Schanzenviertel bzw. in St. Pauli. Vorausgegangen waren die meist erfolgreichen Auseinandersetzungen um die Hafenstraße, den Pinnasberg oder die Schanzenstraße. Vor dem Ende der alten Bundesrepublik war die autonome Linke damals auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Der Kampf gegen die Nato und die Atompolitik sowie gegen städtische Umstrukturierung wurde häufig von verbindlichen und vernetzten Gruppen getragen, denen zumindest im Ansatz eine Verbindung von Kampagnenfähigkeit, inhaltlicher Auseinandersetzung und militanter Durchsetzung (im Sinne von staatliche Regularien hinter sich lassen und die politische Aktion daran zu messen, inwieweit sie Gegenmacht entfalten) gelang. Auch damals war nicht alles Gold, was glänzte. Der partielle Erfolg gegen die Umstrukturierungsinitiativen gipfelte in der Parole "Den Widerstand in den Vierteln organisieren". Das Viertel als solches bzw. dessen BewohnerInnen wurden als widerständiges oder gar revolutionäres Subjekt vorgestellt. Diese Interessenidentität war jedoch nicht vorhanden und hatte als Vorstellung auch nur den Bezug auf die Arbeiterklasse durch kommunistische Gruppen abgelöst. Der Großteil der MigrantInnen war in den 70er und 80er Jahren nach St. Pauli gezogen, um preiswert zu wohnen und nicht, um sich dagegen zu wehren, dass der Wohnraum teurer wird. Ihre politischen Aktivitäten richteten sich, wenn überhaupt, gegen die Regime in ihren Herkunftsländern (insbesondere der Türkei).

Vielfach zwang der ungesicherte Aufenthaltsstatus, sehr genau abzuwägen, inwieweit eine Konfrontation mit der Staatsmacht überhaupt möglich ist. Die eingeborene kleinbürgerliche und proletarische Bevölkerung hatte sich nur an ihren Rändern eine gewachsene Staatsskepsis bewahrt. Der größere Teil fühlte sich durch das neu hinzugezogene studentisch-linke Milieu ebenso irritiert wie durch die staatlichen Aufwertungs- und Sanierungsvorhaben. Die Skepsis bezog sich berechtigterweise nicht nur auf den libertären Lebensstil der neuen Mittelklasse, sondern auch auf die zahlreichen Wohngemeinschaften, die den Vermietern erhebliche Mietsteigerungen erlaubten.

Die Träger des Protestes waren auch damals schon linke AktivistInnen und ein Teil der entstehenden grün-alternativen Mittelklasse. Heute haben sich die Vorzeichen für den Protest geändert. Während damals die Zusammenarbeit mit einem bestimmten Klientel abgelehnt wurde, ist diese heute ein Teil der Initiative, die gegen den Umbau kämpft. Das Klageverfahren gegen den baurechtswidrigen Umbau des Wasserturms wird von einem benachbarten Wohnprojekt geführt. Die sozialen Träger der Linken in St. Pauli Nord sind nicht nur persönlich älter geworden, sie sind auch arrivierter und wehren sich aus ihrer etablierten Mittelklasseposition gegen die weitere Privatisierung von öffentlichen Räumen, die auch ihre individuelle und kollektive Reproduktion erschweren.





Das Zurückgeworfen-Sein vieler Linker auf ihre Mittelklassenherkunft und die politische Marginalisierung der Linken, insbesondere ihrer Organisationsfähigkeit, hat zur Folge, dass nicht mehr von der Aktion eines homogen(isiert)en revolutionären Subjekt geträumt wird, sondern "nur" noch - letzte Freiräume verteidigend - die autoritäre Formierung einer aggressiven wirtschaftlichen Wachstumsstrategie bekämpft wird. Der Zusammenhang von neuem Polizeigesetz (z.B. vermehrte Videoüber wachung, vierzehntägige Schutzhaft, halbjährliche Platzverweise, verstärkte Abhörmöglichkeiten oder polizeilicher Todesschuss), Rassismus, Verarmung durch Hartz IV und andere "Sozialreformen", die Privatisierung und Normierung letzter öffentlicher Räume wird vielfach gesehen. Ob der eigene Beitrag zur fortgesetzten Aufwertung der westlichen Innenstadt realisiert wird, ist dagegen zweifelhaft. Der "alternative" Kneipen-, Wein-, Spielzeug-, Buch-, Beerdigungs- oder Sonstwasladen, das Wohnprojekt oder der pädagogisch wertvolle Kindergarten sind der Humus, auf dem die Innenstadtattraktivität von St. Pauli Nord gedeiht.
Dabei sind Linke und alternative Mittelklasse Teil eines doppelten Prozesses. Einerseits nahm sie teilweise eine Pionierfunktion wahr, unterliegt dabei aber auch selbst, wie die gesamte städtische Entwicklung, der kapitalistischen Verwertungsdynamik, die altes zerstören muss, um Neues profitsüchtig aufzubauen. Dabei ist die (Nicht)Auseinandersetzung mit der Aufwertung durch die Linke durchaus zweischneidig. Neben der Frage, was die Unterstützung von Aufwertungsprozessen für die eigene politische Rolle und Praxis heißt, wäre auch ein kollektiver Reflektionsprozess notwendig, inwieweit bestimmte Aufwertungs- bzw. Entwick lungsprozesse unter sozialen Gesichtspunkten nicht teilweise auch zu begrüßen sind. Spielplätze im Schanzenpark steigern den Wohnwert, sind aber auch notwendig, damit sich kleinere Kinder überhaupt draußen bewegen können. Insofern hatten die Kampagnen der siebziger und achtziger mit Forderungen nach Mietpreisbindung, Mietboykott oder Vergesellschaftung des Wohnraums durchaus einen umfassenderen emanzipativen Gehalte. Der politische und soziale Rückzug von Linken auf ihre Wohnprojekte (oder auch Wagenburgen), die vor 15 Jahren noch militant durchgesetzt und später teilweise mit städtischen Mitteln gefördert wurden, hatte somit immer auch ein Moment von Rückzug aus der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung und Aufbau einer (klein-) bürgerlichen Nische.

Aufwertung

Die gezielt betriebene Aufwertung der westlichen Innenstadt begann unter Bürgermeister Dohnanyi in den frühen achtziger Jahren. Erst kam eine teilweise kleinteilige Wirtschaftsförderung, dann die Einrichtung von Sanierungs- und Entwicklungsgebieten unter Mitwirkung der STEG (Stadtentwicklungsgesellschaft) und zum Ende der neunziger Jahre noch unter Rot-Grün die Vertreibung der offenen Drogenszenen. Diese Umstrukturierung der westlichen Innenstadt ist daher heute weitestgehend abgeschlossen. Sie kann nicht mehr aufgehalten werden, auch wenn in den nächsten Jahren noch neue Projekte geplant und umgesetzt werden. Dass der Wasserturm erst jetzt von einem Projektentwickler als attraktiv angesehen wird (vor einigen Jahren ging ein Versuch schief), überrascht nicht, da der Turm durch Messe-Vergrößerung und die Anbindung durch einen Tunnel nur noch wenige 100 Meter entfernt sein wird.
Für die Aufwertung der westlichen Innenstadt stellt der Hotelbau im Wasserturm keinen wesentlichen Meilenstein dar. Die Entscheidung von vor einigen Jahren, die Hamburger Messe innerstädtisch auszubauen und nicht auf der grünen Wiese neu zu errichten, war ein vielfach gravierenderer Schritt. Um die Erweiterung der Messe gab es kaum Auseinandersetzung und keinen Widerstand.
Wenn die Messe in einem bis anderthalb Jahren ausgebaut ist, werden Verkehr und Besucherströme noch einmal stark zunehmen. Dies wäre, wenn überhaupt, insofern ein Angriffspunkt gewesen, weil die Messeerweiterung noch einmal zu einer einschneidenden Veränderung des Verkehrsaufkommens und -flusses (mit der Öffnung nicht nur zum Karolinen-, sondern auch zum Schanzenviertel) und zur Veränderung in der Angebotsstruktur von Läden, Kneipen etc. für die MessebesucherInnen führen wird. Nicht weniger bedeutend in der Mikrostruktur und damit auch in der kumulierten Gesamtheit ist die Politik, alle Baulücken zu schließen, alle Hinterhöfe einer Verwertung zuzuführen oder die Piazza gegenüber der Flora zu inszenieren. Alles zusammen trägt wesentlich zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Mieten bei.
Positiv gedacht könnte Messe, Dom und die FC St. Pauli Spiele auf dem Heiligengeistfeld aber auch einen relativen Schutz gegen eine weiter "Eppendorfisierung" von St. Pauli Nord darstellen. Denn welcher Vertreter der gehobenen Mittelklasse möchte schon von Besuchermassen, Verkehr und Lärm erdrückt werden. Gegenwärtig ist ein relativ stabiler Zustand im Schanzen- und Karolinenviertel erreicht worden. Während sich südlich der Simon von Utrecht Strasse Rotlicht- und Schmitz Tivoli-Kundschaft drängelt und östlich der Wallanlagen teuerste Shoppingwelten locken, bieten Karo- und Schanzenviertel peppig-schicke Einkaufs-, Galao- und Cocktailwelten. Und die linken und alternativen Produktions- und Reproduktionsstrukturen sind nicht nur eine ökonomische Voraussetzung dieser neuen Inwertsetzung gewesen, sie sind in ihrem Überleben mittlerweile vielfach von dieser Akkumulationsstruktur abhängig.

Politische Ökonomie der Privatisierung

Noch in den 90ern war das Schanzenviertel Experimentierfeld für ein rot-grünes integratives Regulationsmodell. Die symbolische Beteiligung der AnwohnerInnen (zumindest derjenigen, die artikulationsfähig sind) wie zum letzten mal bei der Planung des Messeausbaus ist heute nicht mehr gefragt und notwendig. Teilweise zeigte auch das an soziale Projekte gezahlte Schmiergeld aus dem Turmverkauf seine Wirkung. Auf der städtischen Ebene äußert sich der Paradigmenwechsel zum autoritären Wettbewerbsstaat in einer hemmungslosen Kürzungs- und Privatisierungs politik. Eine öffentliche bzw. gemeinnützige Nutzung des Wasserturms, flankiert von staatlichen Investitionen, ist deshalb grundsätzlich nicht mehr im Angebot.
Zur Zeit scheint der kapitalistische Wettbewerbsstaat auf dem Höhepunkt seiner historischen Durchsetzungsfähigkeit angekommen sein. Eine ökonomische und soziale Alternative scheint nicht vorstellbar. Mit der immer unumschränkteren Entfesselung des Kapitalverhältnisses gehen immer neue Wellen der Flexibilisierung, Beschleunigung der ökonomischen Prozesse und der Vernetzung und globalen Integration von Metropolregionen einher. Auf der sozialen Seite wächst die Atomisierung, Entdemokratisierung und Entrechtlichung. Die Kombination modernistischer, d.h. kapitalzentrierter ökonomischer Wettbe werbsstrategien mit revanchistischen Regulationsstrategien, die in zunehmend autoritären Handlungsformen münden, haben sich zum jetzigen Zeitpunkt als dauerhaft und stabil etabliert
(eine ausführlichere Darstellung dieser Entwicklung findet sich unter www.demontage.org/Archiv/Rechtspopulismus in Hamburg).
Anstatt über den Betriebsrat oder einen Sanierungsbeitrat einen vermeintlichen Konsens zu suchen, werden die einzelnen Projekte Top Down entschieden und mit publizistischer Begleitung und - wenn nötig - mit unmittelbar repressivem Einsatz durchgesetzt. Gleichzeitig findet eine Privatisierung von ehemals öffentlichen Aufgaben statt, indem sie in sogenannten Public Privat Partnerships organisiert werden.
Massive Polizeieinsätze sind eine Demonstration autoritärer Wettbewerbs staatlichkeit im doppelten Sinn. Sie machen mit Gewalt den Weg für eine Baustelle oder die Schließung einer sozialen Einrichtung frei. Gleichzeitig signalisieren sie dem Kapital auch, dass der Senat Investitionsentscheidungen bedingungslos unterstützen wird. Bei der Airbus Landebahnverlängerung und dem Versuch der Enteignung der Grundeigentümer unter Umgehung hergebrachter rechtsstaatlicher Standards (mit einem Gesetz, in dem eine Gemeinwohlenteignung aus dem Profit eines multinationalen Konzerns abgeleitet wird) äußert sich ebenfalls eine aggressive Wirtschaftspolitik. Gefangene werden nicht gemacht, statt Polizeiknüppel einzusetzen wird das bürgerliche und öffentliche Recht gebrochen. Und auch hier wird das Vorgehen immer wieder unter Verletzung der Privatsphäre durch die verleumderische Springer Presse unterstützt, die ihr quasi Pressemonopol in die Waagschale wirft.

Geschichte der Vertreibung

Die mit dem Hotelbau und vielleicht später Hotelbetrieb einhergehende Privatisierung eines ehedem öffentlichen Raumes ist sinnlich für jede/n erfahrbar. Dies wird jetzt während der Bauphase durch die ständigen Polizeiaktionen im Park noch einmal direkter deutlich. Die Hotelprivatisierung ist jedoch lediglich eine weitere Etappe, die in die Vertreibungspolitik im Schanzenviertel einzuordnen ist. Bis Mitte der neunziger Jahre hatte sich der Park nicht nur zu einem vielgenutzten Treffpunkt für die BewohnerInnen der umliegenden Wohngebiete entwickelt (viel anderes Grün gibt es nicht). Nach der Vertreibung der Drogenszene u.a. vom Hauptbahnhof wurden im Schanzenpark auch Drogen verkauft, was ab 1997 auch eine Hetzkampagne der Springerpresse und des Regionalfernsehens nach sich zog. Zunehmend ging noch unter Rot-Grün die Polizei immer schärfer gegen alle vermeintlichen oder realen Drogendealer vor, was überwiegend an einer schwarzen Hautfarbe festgemacht wurde. Diese Entwicklung ging mit einer rassistischen Stimmung unter Teilen der ansässigen Bevölkerung einher. Auch im Alternativmillieu tauchten Positionen auf, wonach die Kinder nicht mehr auf die Strasse könnten, weil sie durch Drogenabhängige gefährdet wären. In diesen vielfach öffentlich geführten Auseinandersetzungen ist Ronald Schill weitergehend über die Medien bekannt geworden (insbesondere in Diskussionen mit AnwohnerInnen, in denen er rassistische Argumentationsmuster verstärkte und auf den populistischen Punkt brachte).
In der Linken entbrannte eine Auseinandersetzung, wie mit dieser Entwicklung umzugehen sei. Sozialrevolutionäre Gruppen argumentierten, man müsste die "Sorgen" der AnwohnerInnen ernst nehmen und ihnen zeigen, wer ihre eigentlichen (Klassen)Feinde seien. Antirassistische und antinationale Gruppen sowie die Rote Flora traten dafür ein, dass Rassismus in keiner Form und von keiner Person hingenommen werden könne und dass auch Widerstand gegen die Repressionspolitik gegenüber der Drogenszene notwendig sei. Obwohl zunächst versucht wurde, die Kontrollen und Razzien der Polizei zu stören oder hinter der Roten Flora ein provisorischer Druckraum eingerichtet wurde, hatten die Bullen den längeren Atem. In den letzten Jahren (auch nach der Auflösung der Drogenhilfeeinrichtung Fixstern neben der Flora unter Schwarz-Schill) gelang die Vertreibung der Drogenszene aus dem Schanzenviertel fast vollständig.
Vor dem Hintergrund dieser Geschichte ist es schwer, einen gänzlich positiven Bezug auf eine "Verteidigung des Parks" zu entwickeln. Denn in der zugespitzten Situation ab 1997 kam es nicht zu einer gemeinsamen Verteidigung des Prinzips "öffentlicher Raum" durch AnwohnerInnen oder das Alternativmillieu, vielmehr verteidigten die Einen den Park gegen die Polizei und die Anderen gegen die Dealer. Die Polizeieinsätze gegen die Drogenszene wurden hierbei von vielen wohlwollend zur Kenntnis genommen. Weil der Park nun schon seit einigen Jahren weitgehend "Dealer-frei" ist, stellt der Sozialchauvinismus von Teilen der lokalen Bevölkerung gegen die Drogenszene auch eine der notwendigen historischen Bedingung für die Attraktivität des Wasserturms bei den Investoren dar.

Linksradikale Mobilisierung

Neben der schon jetzt fast 100% durchgesetzten Normierung des öffentlichen Raumes im Schanzenpark durch die Bullen geht es deshalb jetzt von beiden Seiten primär um eine ideologische Auseinandersetzung. Auffällig ist, dass nicht mehr wie Anfang der neunziger Jahre alternative Nutzungskonzepte gefordert bzw. vorgeschlagen werden. Es besteht anscheinend kein Interesse mehr an sozialen Räumen, vielleicht weil es genügend gibt (z.B. gibt es in der Flora immer wieder Phasen, in denen es an einer breiteren Nutzung mangelt) oder weil nicht mehr in "Gegen"welten gelebt bzw. gedacht wird. Es spricht aus unserer Sicht jedoch auch nichts dagegen, eine Nichtnutzung vorzuschlagen und damit Position gegen eine fortlaufende Verwertung aller Räume zu beziehen.
Bezirksverwaltung, Stadtregierung und Springerpresse sehen sich in einem Prestigekampf mit der linken Szene. Hotelraum für das Projekt Wachsende Stadt und die Messe ist genug vorhanden. Eine erneute Niederlage um die Verwertung des Wasserturms (wie schon in den 90er Jahren) möchten die Verantwortlichen dagegen nicht einstekken. Das könnte sonst für (überregionale) Schlagzeilen sorgen. Auch wird der Verfassungsschutz von der nicht ganz unberechtigten Sorge umgetrieben, dass in der Auseinandersetzung um den Wasserturm einer neuer Kampfzyklus entstehen könnte, der ähnlich wie bei Bambule zu einer Konzentration der Kräfte auf der Linken und darüber hinaus führt. Insofern sollte die Linke den Hotelprojektbetreibern und der Hamburger Innenbehörde vielleicht dankbar sein, dass sie zusammen zu einem weiteren Überleben einer radikalen

Restlinken in Hamburg beitragen.

Fraglich ist jedoch, ob es auf Seiten der Linken einen Lernerfolg hinsichtlich der vielen Jahre Auseinandersetzung um Aufwertung und Vertreibung gibt? Denn eigentlich sollte es in der Linken ein gemeinsames Verständnis davon geben, dass es sich bei dem Kampf gegen den Wasserturm nicht um einen Kampf gegen die Aufwertung der umliegenden Wohngebiete oder gar um einen Kampf gegen die Wachsende Stadt handelt, sondern höchstens um einen Kampf um die Art und Weise der Aufwertung: Eine Form der Aufwertung würde den alternativen Mittelschichten entgegen kommen, nämlich dann, wenn der Park kollektive Spielweise bleibt. Und eine andere, die einen erhöhten Kapitaleinsatz voraussetzt, sei es für Hotel- oder Messebauten, geht auf das Konto der kapitalbesitzenden Bourgeoisie, die, um es räumlich zu versinnbildlichen, in Harvestehude oder Blankenese residiert.
Der Kampf gegen einen Ausbau des Wasserturms ist trotz allem sinnvoll und notwendig, und sei es nur deshalb, um auch zukünftig an einem Wintertag den Berg hinunter rodeln oder an einem Sommerabend ohne Aufwand den Straßenschluchten entkommen zu können.

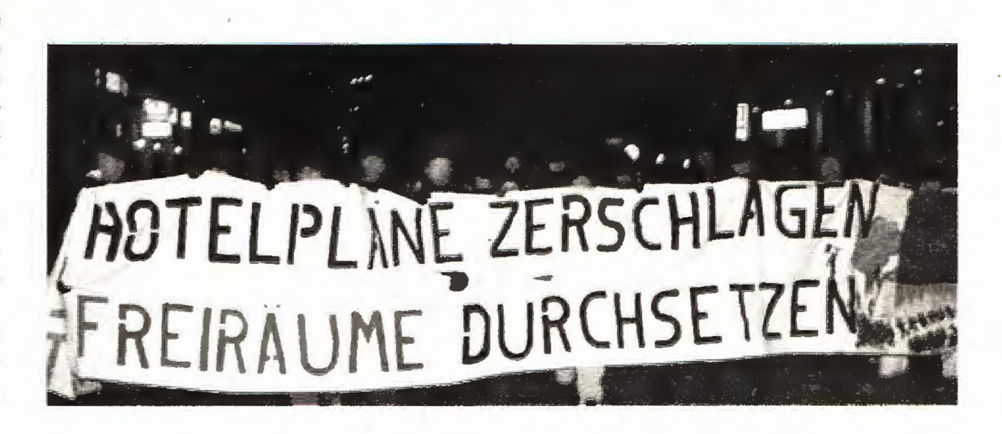
Die Wahrscheinlichkeit, dass das Wasserturmprojekt scheitert, ist auch größer als die Wahrscheinlichkeit vor zwei Jahren, Bambule gegen den Rechtssenat durchzusetzen. Damals musste sich der Senat fragen, ob er bereit ist den möglichen politischen Preis für eine fortgesetzte Auseinandersetzung zu zahlen. Im übrigen war eine umfassende Repression auch an das Politikmodell von Schill gekoppelt. Beim Wasserturm könnten die Investoren kalte Füße bekommen.
Eine Durchsetzung von Bambule wäre politisch jedoch bedeutender gewesen, da sie deutlich gemacht hätte, dass sich gesellschaftlich marginalisierte Gruppen erfolgreich zur Wehr setzen können. Vor dem Hintergrund der forcierten Verarmungspolitik wäre dies ein wichtiger Erfolg mit Nachahmungswert gewesen. Sollte der Wasserturm scheitern, hätten Senat oder Bezirk zwar einen Imageverlust, aber keinen wirklich materiellen Schaden. Eines unter hundert Investitionsprojekten wäre fehlgeschlagen. Der Umbau der Messe verschlingt dagegen ein Vielfaches des Investitionsvolumens und besitzt strategische Bedeutung für den Wirtschaftsstandort.

Die eigentlichen Kampffelder von Linken sollten die Bereiche sein, in denen das tägliche Elend organisiert wird: Die Vertreibung von Flüchtlingen, die massive Verarmung derjenigen, die keine Arbeit mehr finden können, die Schließung von Frauenhäusern, das Einsetzen von Brechmitteln, das Wegsperren von Kindern in Heimen, der Polizeiknüppel im Genick derjenigen, die nur sagen wollen, was Ihnen nicht gefällt, das Schließen der letzten Bildungseinrichtungen in den subproletarischen Ghettos von Jenfeld oder Wilhelmsburg und und und. Was diesen Ausgrenzungsprozessen durch die Mittelklassenlinke entgegen gebracht wird, ist moralische Empörung. Diese trägt jedoch, wie unser aller eigene historische Erfahrung zeigt, nicht besonders weit. Richtig in Schwung kommen Linke in diesem Jahrzehnt anscheinend nur, wenn der Bambulevorgarten im Karolinenviertel oder ein Parkzipfel im Schanzenpark tangiert ist. Vielleicht kommt auch Romantik auf, dass jetzt noch einmal ein bisschen ums Viertel gekämpft werden kann wie ehedem. Und irgendwann steht dann der vorletzte Kampf um die Rote Flora an, wobei es an diesem Punkt für die Restlinke tatsächlich um mehr als nur um einen Parkzipfel ginge.

Wesentlichen Anteil an der Mobilisierungsdynamik für die relativ vielen Unorganisierten auf den Demos haben vor allem die als "unverhältnismäßig" und "überzogen" wahrgenommenen Polizeiaufmärsche bei den Demos und den Kleinaktionen im Park.
Die Bullenrepression stellt deshalb wie bei Bambule einen Mobilisierungsfaktor dar. Gleichzeitig tragen die eigenen kleineren Mobilisierungserfolge zu Fehleinschätzun gen bei. Die symbolische Großmäuligkeit nährt falsche Hoffnungen und kann in der Folge wieder für Enttäuschungen sorgen, wenn die Mobilisierungsfähigkeit einbricht oder das Hotelprojekt problemlos durchgesetzt wird. Dass sich einige Linke mit zuviel Organisationsarbeit aufreiben, ist wahrscheinlich noch das geringste Problem, denn sie bzw. wir wissen, was wir tun. Vielmehr kann eine unreflektierte oder einseitige Orientierung auf eine Kampagnen- bzw. Bewegungspolitik dazu führen, dass weder eine inhaltliche Kontinuität erarbeitet wird, noch dass die einmal erarbeiteten Inhalte in die Tagespolitik eingebracht werden. Werden keine inhaltlichen und damit auch selbstkritischen Linien erarbeitet, besteht immer wieder die Gefahr, dass diese von identitären Politikansätzen ersetzt werden. Einen Schritt weiter gedacht, geht es bei den kleineren oder größeren Mobilisierungen bzw. Bewegungen auch darum, den unorganisierten AktivistInnen von organisierten Linksradikalen Ansatzpunkte für einen längeren politischen Atem aufzuzeigen. Sei es, dass ihnen die Flora oder der Infoladen Schwarzmarkt als Anlaufpunkte näher gebracht werden, oder dass sie in eine konkrete Demovorbereitung eingebunden werden und ihnen so auch eine Organisation in Gruppen nahe gelegt wird.
nsgesamt geht es also nicht darum, "keine Cops und keine Yuppies in unseren Vierteln" zu dulden, sondern zu zeigen, dass Standortpolitik für eine "wachsende Stadt" sich weder um die materiellen Interessen der Betroffenen schert noch deren bürgerliche Rechte respektiert, sondern diese vielmehr aggressiv den allgemeinen Interessen kapitalistischer Verwertung unterordnet.
Darüber hinaus gibt es notwendige inhaltliche Anknüpfungspunkte an Proteste in anderen gesellschaftlichen Bereichen (Neues Hamburger Polizeigesetz, Hartz IV, Sparpolitik im Jugend- und Frauenbereich oder bei Bildungseinrichtungen). Bei den meisten dieser Politikfelder geht es um die nackte Existenz, was eine andere Qualität darstellt als die Auseinandersetzung um einen Turm. Nur sind diese Felder anscheinend nicht so symbolträchtig.

In diesen Bereichen könnten auch Anknüpfungspunkte für eine Kooperation mit breiter organisierten Initiativen liegen. In diesem Sinne: Raus aus den Vierteln, rein in die Kämpfe gegen den autoritären Wettbewerbsstaat!

gruppe commode,
Februar 2005
www.gruppe-commode.org



Schanzenpark für alle!

Auflistung einiger Aktionen rund um den Wasserturm: (Zuammenstellung von Berichten auf indymedia)

10.01. Baugebinn und Spontandemo:
Über 1000 gegen Hotel im Schanzenturm
Gegen den geplanten Hotelneubau im Wasserturm des Hamburger Schanzenpark gibt es seit Beginn an Widerstand. Am Montag begannen Bauarbeiter unter Polizeischutz Bauzäune aufzustellen und im Boden zu verankern. Ein privates Security-Unternehmen patroulliert mit Hunden innerhalb des Zaunes.

Damit war der Tag X eingetretten und ab 18 Uhr sammelten sich Demonstranten am Bahnhof Sternschanze.
Nachdem die Demo angemeldet und ein Lautsprecherwagen vor Ort war konnte es los gehen. Über den Neuen Pferdemarkt und die Feldstraße ein Schleife durch das Karoviertel. Beim Rückweg auf der Feldstraße ein erster Stopp durch die Polizei. Die Demo war ihr zu schnell geworden nachdem jemand von 10 auf 0 runterzählte. Wie schon im bisherigen Verlauf der Demo flogen Restposten aus der Sylvesternacht in Richtung Einsatzkräfte. Plötzlich auch eine Art Molotov-Cocktail da drunter. Augenzeugen wollten sich nicht auf einen wirklichen Molli festlegen. Die Polizei spricht selber von drei Flaschen mit Brandbeschleuniger, die neben etwas Leergut durch die Luft flogen. Nach Ermahnungen aus dem Polizeilautsprecher und fünf Minuten bösen Blicken der Polizisten durfte die Demo ihren Weg über das Schulterblatt (Zwischenkundgebung vor der Roten Flora) fortsetzen. Ihr Ende fand die Demo mit einem halbherzigen Versuch gegen eine Polizeikette anzurennen am U-Bahnhof Christuskirche. Zu nah am Park durfte das Ende nicht sein.
Wie zu erwarten sperrte die Polizei den direkten Weg in Richtung Schanzenpark und Bahnhof. Die Menschen durften aber über die nächsten Seitenstraßen ihren Weg in Richtung Bahnhof machen und so zogen auf den Fußwegen und den Straßen viele kleine Gruppen in Richtung Park ohne das etwas passierte. Nur die Polizei zeigte nochmal Stärke und postierte ihre gesammelten Hundertschaften um den Park herum. Und wenn sie noch nicht Feierabend haben, dann genießen sie immer noch die Nacht unter Flutlicht im Schanzenpark.
Die Bauarbeiten sollen in anderthalb beendet sein. Ob die polizeiliche Bewachung der Baustelle über den gesamten Bauzeitraum mit der anfänglichen Intensität fortgeszt wird ist nicht bekannt. Ebenso ungeklärt ist die Frage, ob das fertige Hotel nur unter Polizeischutz betrieben werden kann.

13.1. Aktionen und mehr...
Aktionen und Demos im Schanzenviertel
Auch am Mittwoch gab es wieder Proteste gegen das Hotel im Wasserturm. Presse berichtet die festungsartige Baustelle wird noch langfristig von den Polizei bewacht werden. Für Samstag wird zu einer großen Demo ins Hamburger Schanzenviertel mobilisiert.

Kundgebung an der Sternschanze
An der täglichen spontanen Versammlung an der Sternschanze beteiligten sich ca. 80 Leute. Es gab eine kleine recht proffesionelle Feuershow. Untermalt wurde das ganze von Musik aus einem Ghettoblaster. Ein kleines Lagerfeuer wurde von den Bullen zwar toleriert aber genervt zur Kentniss genommen. Angesichts der coolen Flutlichtanlage wurde noch eine Runde Fußball gespielt. Im Gegensatz zu Montag war der Weg in den Park bereits frei und mußte nicht erst erstürmt werden, daher war auch weniger Stimmung als am Montag.

Spontanes durch die Nacht schwärmen:
Gegen 22.00 Uhr gab es nach einer Vollversammlung zur Flora, noch einen spontanen Umzug von dort zum Wasserturm. Da andere getrennt voneinander ebenfalls für diesen Termin zu einem spontanen Umzug über Indymedia mobilisiert hatten, hatte ein großes Bullenaufgebot incl. Festnahmeeinheiten und Zivideppen das Schulterblatt allerdings bereits umstellt. Im Umfeld standen HVV-Busse (Gefangenentransporte) standen ebenso bereit wie das übliche größere Gerät. Nichtsdestotrotz ließen sich 80 Leute nicht einschüchtern und begannen, auch und gerade deshalb eine Spontandemo gegen das Hotel im Schanzenpark.
Diese kam allerdings gerade mal 50 Meter weit. Sofort gab es einen Kessel durch massive Polizeikräfte. Nach einer längereren Verhandlungspause ging es dann Parolenschwingend einmal das Schulterblatt auf und ab. Da sich der Mob nicht sofort zerstreute sondern noch Parolen rufend in der Umgebung rumlungerte, blieb auch ein großes Bullenaufgebot am Platz, das zeitwilig die Piazza dichtmachten.
Schöner wäre es allemal gewesen der Umzug wäre noch im Park gelandet, aber immerhin wurden die Bullen auf Trab gehalten und es wurde gezeigt das der Widerstand weitergeht. Die täglichen Aktionen um 19 Uhr gehen derweil weiter.

Presse:
Das Schmierenblatt die Welt gab derweil bekannt das die Bullen sich noch auf weitere Wochen mit Protesten einrichten: "Wie genau die Schutzmaßnahmen aussehen werden, ist nicht bekannt. Bislang gibt es für die Einsatzkräfte der Polizei lediglich bis Freitag konkrete Aufträge. Die Baustelle am Turm selbst ist mittlerweile festungsartig ausgebaut. Zwei Reihen hoher, fest verbundener Gitterzäune schützen die Arbeiten. Nachts taucht Flutlicht aus mobilen Masten der Polizei die Umgebung in gleißendes Licht."
Eine weitergehende Einschätzung fällt den Behörden schwer, aber auch dort scheint man sich auf eine langandauernde Auseinandersetzung vorzubereiten. Bambuleähnliche Zustände werden nach der "agressiven " Demo vom Montag befürchtet: "Ob das Thema Wasserturm ähnliche Auswirkungen [wie Bambule] haben wird, wagen Sicherheitsexperten nicht abschließend vorherzusagen. Deswegen sei auch nicht klar, in welchem Umfang die Sicherungsmaßnahmen für die Baustelle aufrechterhalten werden müssen. Man ist sich aber im klaren darüber, daß der Schanzenpark ein "Dauerbrenner" sein wird und auf Wochen oder Monate Polizeikräfte bindet. "
Die täglichen Demonstrationen und Aktionen im Schanzenviertel und der jüngste Anschlag auf ein Mövenpick Hotel in Münster werden solche Befürchtungen nicht gerade entschärfen. Wie lange die Polizei jedoch ihre Präsenz auf solch hohem Niveau aufrechterhalten kann, ist unsicher. Zu Zeit sind jedenfalls 24 Stunden am Tag so massive Polizeikräfte im Einsatz (zur Bewachung im Park, als Raumschutz fahrend oder als Zivis) , das die Überstunden in Kürze explodieren werden.

14.1. Spieglein, Spieglein.....Licht einfangen und zurückwerfen:
heute haben sich ca. 100 leute im schanzenpark versammelt um sich in moderner lichtspielkunst zu üben
leider wurden die schönen lichtspiele rüde unterbrochen.
mehrere grüne wesen, die zur zeit auffällig häufig in wasserturmnähe gesehen werden, fühlten sich arg gestört, obwohl die

lichter die sie aufstellen, doch die viel eindrucksvolleren sind und uns vor allem erst die möglichkeiten zum zurückleuchten gaben
unsere spiegel wurden verhaftet und zwei menschen ingewahrsam genommen
Klebaktion in Hamburg gegen Mövenpick: Gestern vor Geschäftsschluß wurden in einer Aktion gegen den geplanten Hotelbau im Hamburger Schanzenpark zeitgleich in verschiedenen Stadtteilen unterschiedliche Supermarktketten aufgesucht. Die Mövenpickware in den Regalen und Kühltruhen wurde mit Hinweisetiketten beklebt, die den Käufer auffordern diese Produkte zu boykottieren.
Die Aneignung öffentlicher Räume zur privatwirtschaftlichen Nutzung ist nicht hinzunehmen. Und es ist obendrein heuchlerisch zu behaupten diese würde nicht stattfinden. (Wie beispielsweise Patrizia-Geschäftsführer Jürgen Kolpert im MoPo-Interview vom 14.01. behauptet.)
Es ist durchaus bekannt, daß Mövenpick die Sparte "Fine Foods" verkauft hat. (2001 wurde die Mövenpick Produktions AG in Deliciel AG umbenannt. Diese agierte verstärkt als unabhängiger Produzent von Fine Foods und wurde 2002 an die Panetta Holding verkauft. Die Eismarke wurde im Jahr 2003 an Nestlé abgetreten.)
Trotz dieses Verkaufes besteht innerhalb der Holdingstrukturen weiterhin eine Zusammenarbeit zwischen den Unternehmensbereichen und vom Verbraucher wird alles, was unter dem Namen Mövenpick angeboten und vertrieben wird, als eine Marke wahrgenommen. Die beteiligten Unternehmen und ihre Markennamen sind zu schädigen und anzugreifen!

15.01. Demo gegen den Wasserturm

Ab 18 Uhr versammelten sich die Teilnehmer der Demonstration am Schanzenbahnhof. Die umliegenden Straßen waren schon von wartenden Polizeieinheiten in Beschlag genommen worden. Nach einiger Wartezeit setzte sich die Demo in Bewegung und wurde nach wenigen Metern gestoppt. Die Polizei war der Meinung vermummte Menschen in der Demonstration gesichtet zu haben. Bei der Kälte trugen viele Demonstranten Mützen, Schals und/oder hatten die Jacke etwas mehr ins Gesicht gezogen. In Gesprächen mit der Polizei kristallisierte sich heraus, dass es vor allem um eine (!) getönte Brille gehen würde. Wegen dieser einen Brille mußten die Beamten am Rande der Demo, die sie komplett umzingelt hatten, einige geworfene Sylvesterböller hinnehmen.
Nachdem die Polizei gezeigt hatte wer in ihren Augen der Starke sei durfte die Demo ihren Weg fortsetzen. Bis zur Zwischenkunggebung am U-Bahnhof Feldstraße verlief die Demo ohne Zwischenfälle. Als die Demo sich in Bewegung setzte versuchte die Hamburger Beweis- und Festnahmeeinheit (BFE, schwarze Kampfanzüge) einer Person habhaft zu werden und eskalierte damit kurzzeitig und örtlich begrenzt die Demo. Nach dem erfolglosen Zugriff, der Drangsalierung einer Fotografin, die das BFE bei seinem Einfall abgelichtet hatte, und einer weiteren kurzen Pause konnte die Demo weiter ziehen.

Die Polizei hatte der Demo verboten durch Straßen zu ziehen, die für ein seitliches Polizeispalier zu klein seihen. Aus diesem Grund mußte die Demo am Ende der Feldstraße wenden und wieder zurück laufen. Auf dem Rückweg fiel auf, dass einige Seitenstraßen nicht mehr wie auf dem Hinweg durch Polizeiketten und Fahrzeuge gesichert waren.
Polizeilich Einsatzkonzepte geben oft Rätsel auf.

Vor der Roten Flora fand eine weitere Zwischenkundgebung statt. In den Redebeiträgen war nicht nur die aktuelle Situation in Hamburg Thema, auch der Brechmittelmord in Bremen kam zur Sprache. In Hamburg wurde bereits vor drei Jahren Achidi John das Leben durch die gewaltsame Vergabe eines Brechmittels genommen.
Die Abschlußkundgebung fand für die Polizei überraschenderweise bereits an der Kreuzung Schanzenstraße/Altonaer Straße/etc. statt und nicht erst am U-Bahnhof Schlump.

Nach der offiziellen Beendung der Demo ließ die Polizei die Demonstranten sich nur in eine Richtung entfernen. Folge war, dass die Demonstranten als lockerer Mob mit Parolen auf den Lippen die Amandastraße entlang zogen. Etliche Böller und Bengalofeuer wurden gezündet. Die Polizei zog hektisch mit und versperrte weitere Straßen. Im Kreuzungsbereich Schulterblatt/Altonaer Straße standen mehrere Hundert Polizisten inkl. zweier Wasserwerfer 60 bis 70 ehemaligen Demonstranten gegenüber, die nach Hause wollte, aber von der Polizei nicht durch gelassen wurden. Ein Beamter aus Mecklenburg-Vorpommern ertrug es nicht von ständig um Durchlaß gebeten zu werden und redete wahllos von einem Platzverweis. Als sein gegenüber nicht schnell genug den Ort verließ griff er zu um ihn in Gewahrsam zu nehmen.
Es enstand eine unübersichtliche Situation, da weitere Personen zum Ort des Geschehens eilten. Das Hamburger BFE stürmte brüllend in die Menge und schubste und schlug wahllos um sich. Dabei ließen die Beamten erkennen, dass sie erneut Sprachkurse auf der Polizeischule besuchen sollten. Sätze wie: "Wer hier nichts zu suchen hat verpisst sich!" gehören sicherlich nicht zu den Standardsätzen des Beamtendeutsch.
Die Polizei patroullierte nach der Demo noch mit starken Kräften im Schanzenviertel und auf St. Pauli. Nach eigenen Angaben nahm sie nach der Demo acht Menschen in Gewahrsam und zwei Fest.

19.1. Spieglein, Spieglein Part two:

HH Wasserturm Spieglein Spieglein an der Wand wer ist der böseste Bulle in der ganzen Stadt
Heute Abend so gegen 19.30 machten sich ca 60-70 + X dunkle Gestalten auf in den Schanzenpark, um den finsteren Mächten der Stadt heim zu leuchten.
Mit Spiegeln und CD-Rohlingen wollten wir uns einen blendenen Auftritt verschaffen. Grade angefangen mit unserer Aktion kamen auch schon die finsteren Mächte und waren so gar nicht erfreut über das Licht oder ihr eigen Anlitz, das sie dort in ihren Augen sahen. Kurz, sie fühlten sich durch ihren eigenen Anblick in unseren



Spiegeln und CDs so gestört, das sie die uns sogleich wegnahmen. Sprich, Spiegel und teilweise CDs wurden beschlagnahmt und Personalien festgestellt, um zugleich Platzverweise für die Leute aus zu sprechen. Die Bullen waren angeblich nicht genervt, machten aber einen anderen Eindruck. Also lautet unsere Devise "weiter so" schön stören und noch mal stören.

21.1. Vernetzung mal kreativ:
Die Bullen gehen ins Netz!

Zur gleichen Zeit wütete ein derbes Unwetter. Genau die passende Stimmung für einen Besuch an der schaurigen Festung dachten die AktivistInnen und gingen bester Laune zum Turm. Dort lagerten bereits die Büttel der Innenbehörde und waren entsprechend schlechter gelaunt. Folgerichtig hagelte es nicht nur Eis vom Himmel, sondern auch sofort einen Platzverweis für eine Person die dem heiligen Zaun zu nahe gekommen sein soll. Während des sich daran anschliesenden Streitgespräches mit den anwesenden Schergen, begann der Rest des umher-

schweifenden Mobs vor den Schergen ein Netz aus Bindfaden aufzuspannen. Die Bullen hatten wohl Anweisung alles, was bis auf ca. einen Meter Abstand passiert zu tolerieren aber verteidigten diszipliniert ihren angeordneten Grünstreifen. Für das Einbinden des Zaunes ins Netz sollte es weitere Platzverweise geben, die aber in der Finsterniss und angesichts der Wetterumstände verpackten Gestalten mangels Adressat ausfielen. Stattdessen wurden von den umherschweifenden Horden nun die Zufahrtswege versponnen. Aktionen und Spaziergänge gehen weiter! Das Freie Netzwerk für den Erhalt des Wasserturmes hat inzwischen angekündigt, die täglichen Spaziergänge um 19 Uhr zum Zaun fortzuführen. Diese können von allen mit Aktion und Inhalt gefüllt werden. Die Bullendichte pendelt sich mittlererweile auf mittlerem Niveau ein. Insbesondere tagsüber und Nachts hält teilweise ein recht niedrige Besatzung die Festung.
Spontanen Spaziergängen von Kleingruppen steht also nichts im Wege. Neben den zahlreichen kleineren Geschichten soll es längerfristig auch wieder größere überregionale Demos geben. Laut Freiem Netzwerk hat es in seit Baubeginn über 150 Platzverweise "vom zwölfjährigen Jungen bis zur 80-jährigen Frau" im Park gegeben. Das Netzwerk hat aufgefordert sich unter der Emailadresse info@schanzenturm.de zu melden um alle Fälle zu dokumentieren.

26.1.05 Mövenpick fliegt ein und speißt im Norwegerheim:
Am Mittwoch dem 26.01.05 gegen 13 Uhr traf sich eine Mövenpick Delegation im Cafe und Veranstaltungszentrum Norwegerheim. Vorher wurde offensichtlich die Wasserturmbaustelle besichtigt und über das laufende Projekt gesprochen. Hierzu wurden auch einige Knallchargen von der Konzernzentrale aus der Schweiz eingeflogen.
Als diese illustre Bauherrengruppe sich zum gemeinsamen Mittagsmahl im Norwegerheim eintraf, waren allerdings auch schon 10 AktivistInnen gegen Hotel das Hotel eingetrudelt.

Mövenpick ausräuchern
Die Gruppe rief Parolen gegen das Hotel und versuchte die Eingänge zum Norwegerheim zu blockieren. Als trotz Geschubse für die fünfzehnköpfige Mövenpick-Delegation kein durchkommen war, öffneten die BetreiberInnen vom Norwegerheim weitere Türen und schleusten die meisten Personen trotz weiterer Behinderungen ins Gebäude. Dennoch war es ihnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich alle Delegationsmitglieder ins Cafe zu bringen.
Während drinnen bereits die ersten Platz nahmen wurden Parolen weitergerufen und auch gegen die Scheiben getrommelt. Die HotelgegnerInnen wurden von Beschäftigten des Norwegerheims massiv bedrängt ihren Protest zu unterlassen.
Erst später hinzukommende Polizeikräfte schützten schließlich die Speisenden und erteilten den HotelgegnerInnen Platzver weise. Für Leute aus dem Stadteil war im Norwegerheim geschlossene Gesellschaft, stattdessen wurde der Laden zum exclusiven Ort für Hotelbetreiber und Bullen.

Norwegerheim unterstützt Hotelprojekt
Nicht hinnehmbar ist das Verhalten des Norwegerheims. Das nach Selbstdefinition stadteilorientierte Zentrum, dass nach eigener eigener Aussage der "Versnobbung und Verslummung" des Schanzenviertels entgegenwirken will, unterstützt die HotelbetreiberInnen aktiv und arbeitet mit den Bullen zum Schutz von dieser Veranstaltungen zusammen.

Infos zu deren geheucheltem Selbstverständnis gbt es auch über deren Website: http://www.sternchance.de.
Während ab 1997 im Zuge der teilweise rassistisch motivierten Drogenverbots diskussion im Schanzenviertel ein Zentrum für minderjährige Schwarze aufgrund von Bürgerprotesten nicht durchsetzbar war, entstand das Norwegerheim aus dem moderaten Flügel der bürgerlichen Initiativen. Jetzt wo der Schanzenpark endgültig zur No-Go Area für Schwarze und andere repressiv ausgegrenzten geworden ist, bietet das Norwegerheim den Verantwortlichen dieser Vertreibung seine Räumlichkeiten an.

Nachdem mit großem Hallo im sozialkulturellem Gewand erst öffentliche Gelder abgezogen wurden, wird jetzt anscheinend auf das große Geld durch das in direkter Nachbarschaft liegende Hotel gehofft. Wer allerdings glaubt sich an der Aufwertung der Umgebung und der Privatisierung des Schanzenparks bereichern zu können, der hat diese Rechnung ohne den Protest der ParknutzerInnen und der Menschen aus dem Stadtteil gemacht. Wir fordern alle auf dies dem Norwegerheim gegenüber deutlich zu machen.

Solange von diesem Projekt keine eigene Positionierung zum Hotel und der Einschränkung des Parks erfolgt, sehen wir dieses für die weitere Zukunft als strukturellen Bestandteil der Hotelbaustelle an.
Für unkontrollierbare Zustände:
Die spontane Aktion war ein voller Erfolg und hat wiedereinmal gezeigt, dass der Wasserturm keine normale Baustelle ist und kein normaler Hotelstandort wird. Den Verantwortlichen aus der Konzernetage wurde auf den Schlips getreten und keineR soll glauben, dass sich dies in den nächsten Jahren der Bauzeit ändert. Der Widerstand gegen Platzverweise, Brechmitteleinsätze, die Polizeipräsenz, die Privatisierung des Parks und Mövenpick, durch Baustellenbesuche, Demos, Blockadeaktionen und Imagebeschmutzung geht jetzt erst los.

28.1. Fußball im Park
Torwandschießen auf Baustellenzaun
Zeitgleich zu einer Kundgebung vorm Sternschanzenbahnhof beteiligten sich 40-50 Leute am Freitagabend an einem revolutionären Fußballspiel bei der Hotelbaustelle im Schzanzenpark. Der Zaun der Baustelle fand während des warm machens erstmals eine sinnvolle Verwendung als Torwand. Nach einiger Einspielzeit begann dann ein Spiel mit zwei Toren, die beide in die gleiche Richtung hangaufwärts vor Zaun und Bereitschaftspolizei lagen.

Die Büttel waren deeskalierend und nahmen das Fußballspiel und die Umwidmung des Zaunes zum Tor hin. Sie bildeten hinter der offiziellen Torlinie eine inoffizielle Mauer die zwar ab und an zwangsläufig angeschossen wurde aber trotzdem nicht in den Kampf eingreifen durfte. Team Schwarzrot ging in einem dramatischen Spielverlauf mit 2:1 gegen Team schwarzer Block in Führung, als plötzlich der Ball unglücklich über den Zaun der Baustelle flog. Unverdrossen machte sich die ganze Horde auf den Weg zum Baustellencontainer um Einlass oder Ball zu fordern.

Ein Wachmann der seiner Bulldoge zum Verwechseln ähnlich sah wurde zur Ballrückgabe aufgefordert. Nach einigem hin und her konnte das Spiel weitergehen. Unglücklicherweise flog der Ball schon nach kurzer Zeit wieder über den Zaun. Nun waren Schergen und Security gleichermaßen bockig und wollteb den Ball unterschlagen. Vor allem der Securitymann machte deutlich wie die Vorstellungen der Hotelbetreiber sind und meinte gar der gesamte Park sei sein Eigentum und so glaubte er Fußballspielen auf der Wiese vor dem Zaun untersagen zu können.

Hier irrte der sich der Kettenhund des Kapitals allerdings gründlich. Zudem der Ball ja Eigentum des neugegründeten Sportvereins "Investorengrätsche Sternschanze" war. Und Eigentum, da waren sich alle einig ist schließlich heilig und wenn man anderen etwas wegnimmt gilt das als Foul und heißt Unterschlagung oder Diebstahl. So konnte nach längerem Insistieren und Verhandeln der Ball wieder ins Spiel gebracht werden. Die fehlende Zeit mußte natürlich nachgespielt werden. Ünglücklicherweise verfehlte eine herrliche Bogenlampe ihr Ziel sodaß der Ball ein drittes Mal im Seiten aus landete. Nun war der Wachmann endgültig beleidigt und drohte sogar seinen armen Hund - wie

gesagt zum verwechseln ähnlich aber für sein aussehen kann so ein Hund ja nichts - auf den Ball zu hetzen um diesen zu zerfetzen. Nur durch aufrichtiges einschreiten von wackeren Beamten bis hinauf zu Revierwachenleiter Struwe konnte der vor sich hinkochende Wachmann an diesem grausigen Akt gehindert werden. Der böse und verbitterte Wachmann der da allein um seinen Turm irrt, war nun vollständig von den Mächten der Finsterniss erfüllt. Der Ball blieb weg und auch die für Ordnung sorgenden Beamten weigerten sich, die ordnungsgemäßen Eigentumszustände wieder herbeizuführen und verwiesen lediglich grimmig auf den nächsten Tag. Die anwesenden Ordnungskräfte erfüllte wie es scheint zunehmend Angst, Sorge und kaltes Grausen vor dem finsteren Wachmann. Zum Glück war alsbald ein Ersatzball zur Stelle, sodaß das Spiel weitergehen konnte.
Aufgrund der langen Spielpause war die Dramatik der Begegnung aber erloschen und es folgte lediglich noch müdes Ballgeschiebe in der Verteidigung. Traumstaffetten im Sturm blieben aus und so versammelten sich SpielerInnen und Fans alsbald in den umliegenden Vereinsheimen.

Dort wurde in sofortiger Krisensitzung beschloßen, sich nicht vor dem Wachmann Schrecken zu lassen und eine Abordnung zur Baustelle zu schicken um den Ball zurückzufordern. Aus der Menge der Fans wurden drei Freiwillige zwangsverpflichtet, die gegen 1 Uhr Nachts nochmals Einlass am Turm begehrten und unmißverständlich die sofortige Herausgabe des Vereinseigentums forderten.
Ein anderer aufgescheuchter Wachmann ließ jedoch nicht mit sich reden, sondern wollte die Delegation ins Bett schicken und beschwerte sich was diese um diese Uhrzeit überhaupt noch im Park zu suchen hätten. Den Ball natürlich! Und überhaupt so eine Delegation ist ja sozusagen in diplomatischer Mission tätig und gehört an viele Orte aber ganz bestimmt nicht ins Bett, da waren sich alle Delegierten einig und wollten nicht weichen. Hinzugeeilte Polizisten erhellten die Diskussion schließlich mit dem Hinweiß der Ball sei verhaftet worden und in Gewahrsam der Lerchenwache.
Völlig bestürtzt hörten unsere drei HeldInnen diese Nachricht und beschlossen sofort den unschuldigen Ball zu befreien. So begehrten sie Einlaß an der Kaserne der Schergen und in langen Verhandlungen konnte der Ball befreit werden. Der Befreiung wurde anschließend im Tempel der Anarchie und des Chaos, der Roten Flora gehuldigt.

Alles ist schlußendlich gut ausgegangen und weitere Spiele werden je nach Platzbedingungen ausgetragen werden.

Nur die Wachmänner sitzen immer noch ganz alleine in ihrem Turm und verbittern zunehmend. Diese armen Männer freuen sich über jeden Besuch der Abwechslung ihren tristen Tage und Nächte bringt. Mangels Klingel sollte bei Besuchen an der Kette am Zaun gerüttelt oder laut Wachmann gerufen werden. Der Büttel verläßt dann - überrascht von dieser Zuneigung - sofort sein Verließ und eilt stürmisch zum Tor. Dort eilen im Regelfall dann auch bereits einige Parkwächter hinzu um sich diesem treiben anzuschließen. Und keine Sorge, dass ihr den Turm nicht findet. Um BesucherInnen die Anreise zu erleichtern, hat der Herrscher des Turmes diesen mit großen Lampen bestücken lassen die umherirrenden den Weg weisen. Soviel Nächstenliebe muß doch belohnt werden. Da waren sich dann am Ende wiedereinmal alle einig...

5.2. Demo gegen den Wasserturm:
Ein paar Tage nach Verkündung des Baustopps am Hotel im Hamburger Schanzenpark [Bauunternehmen Pleite, ein neues muss gesucht werden] demonstrierten 850 Menschen gegen das Bauprojekt.

Die Polizei selber scheint im Vorfeld mit weniger Teilnehmern gerechnet zu haben und war Anfangs leicht unterbesetzt. Dies nutzen Teile der Demo in St. Pauli um sich kurzzeitig von der Demoroute abzusetzen was ein nicht gerade geringes Chaos bei der Bullerei auslöste. Nachdem auch noch der Einsatzleiter über den Haufen gelaufen wurde, kam es zum ersten aber nicht letzten Schlagstockeinsatz. Die Demo fand im weiteren wieder zusammen und es ging weiter. Auch ein zweites Mal teilte sich die Demo und fand nach entsprechender Zeit wieder zusammen. Nach dem üblichen Schlenker durch das Karoviertel endete die Demo vor der Roten Flora.
Die Polizei meldete zwei Verletzte Beamte (ein Tritt in die Genitalien und ein Wurfgeschoss) und keine Verhaftungen o.ä.

10.2. Die Sicherheit hat's schwer:
In der Nacht wurde der Sicherheitsbunker der Wasserturmsecurity mit Steinen angegriffen.

13.2. "Achtung, Zaun fällt"
Am Sonntag wurden im Schanzenpark 5 Zaunteile umgelegt (etwa 10 Meter) und anschließend einer sinnvollen Verwendung als Trampolin zugeführt. Die Bullen reagierten darauf mit einer hektischen Fahndung nach den angeblichen TäterInnen, die allerdings erfolglos blieb.
Eine weitere Suche nach ÜbeltäterInnen ereignete sich am selben Abend. Im Schanzenviertel wurden zahlreiche Plakate gegen das Mövenpick Hotel verklebt. Auf den ansprechend gemachten Plakaten steht unter anderem zu lesen: "Bullen vertreiben - Baustelle stören! Gift und Galle dem Hotel im Schanzenpark". Mehrere Cops liefen gegen 22.30 Uhr in der Schanze auf und ab und leuchteten mit Taschenlampen geklebte Plakate an.
Inzwischen ist ein neues Bauunternehmen beim Wasserturm eingestiegen.
Die "Adolf Lupp GmbH" aus Hessen hat den Pleitekanidat "Walter Bau" abgelöst. Anfang der Woche wurde auf der brachliegenden Baustelle wieder mit ersten Arbeiten begonnen. Die "Adolf Lupp GmbH" hat übrigens vor kurzem bereits das neue Gebäude des Eisenbahnbundesamtes am Sternschan zenbahnhof gebaut.

17.2. "Achtung, Zaun fällt schon wieder"
Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wurde der Bauzaun am geplanten Mövenpick-Hotel im Schanzenpark eingerissen... Laut Polizeipresse und Hamburger Abendblatt sollen 50 zum Teil vermummte Aktivisten in den frühen Morgenstundes des Donnerstags den Bauzaun in einer Länge von 50 Metern umgerissen haben. Als die Polizei eintraf sollen diese auf der Flucht mit Steinen beworfen worden sein und mit Leuchtspur beschossen.

Der Polizei gelang es 7 Personen festzunehmen, bei denen die Polizei Steine, Sturmmasken und Seile entdeckt haben soll.
Ein Polizist soll bei der Aktion verletzt worden sein, woraufhin er mit enem Krankenwagen ins Hospital gebracht worden sei.

Die Polizei soll selbst überrascht sein von der Grösse der Gruppe und von der Militanz einer solch grossen Gruppe. Die Demonstranten haben anscheindend die schwache Polizeipräsens in den Morgenstunden ausgenutzt.



Presseerklärung

Anlässlich der Prozesswelle gegen TeilnehmerInnen der bundesweiten Wagenplatz-Demonstration "Einmal im Leben pünktlich sein!"

Unter dem Motto "Einmal im Leben pünktlich sein" rollten am Samstag, dem 24.04.04 gegen 7 Uhr ca. 100 fahrende Behausungen aus über 65 Städten in die St.Pauli-Hafenstrasse. Ein, um eine friedliche Protestaktion für den Erhalt und die Akzeptanz der Wagenplätze in Deutschland durchzuführen.

Ziel sollte es sein, bundesweit Menschen zu einer zentralen Veranstaltung in Hamburg zusammenzubringen und gemeinsam auf die drängenden Probleme der Wagenbewohnerinnen im gesamten Bundesgebiet aufmerksam zu machen.

Durch die große Anzahl der bewohnten Fahrzeuge mit ihren unterschiedlichen Kennzeichen aus der gesamten Republik sowie einiger angrenzenden Staaten sollte deutlich gemacht werden, dass es sich nicht um ein Hamburger Problem handelt, sondern, dass tatsächlich eine erhebliche Anzahl von Menschen im wagen wohnt und das in nahezu allen Städten Deutschlands.

Auch wurde ersichtlich, dass im eurpäischen Ausland Wagenplätze ebenfalls ein fester Bestandteil sind.

Wie immer wieder bei Gesprächen mit der Presse und der Bevölkerung festzustellen ist, wissen die meisten Menschen nicht, dass Wagenleben nicht nur eine Randerscheinung in einigen Großstädten ist, sondern in sehr vielen Orten seit etlichen Jahren zum Alltag gehört.

Hamburg erschien als Versammlungsort geeignet, da hier in den letzten Jahren mit besonderer Kompromisslosigkeit gegen Wagenplätze vorgegangen wurde. Hinzu kommt, dass der Senat sich zum Ziel gesetzt hat, Hamburg bis 2006 wagenplatzfrei zu bekommen. Damit wäre Hamburg die erste große Stadt ohne Wagenleben, was ein herber Verlust, nicht nur für die Stadt, sondern für die gesamte Wagenbewegung wäre.

Leider wurde den TeilnehmerInnen ihr Recht auf Versammlungsfreiheit von der hamburger Obrigkeit verwehrt. Senatsvertreter waren nicht zu Gesprächen bereit und überließen der Polizeiführung die Entscheidung über den Umgang mit dieser Versammlung.

Den anwesenden Personen wurde ihr Recht auf Versammlung nicht gewährt und mit dem Anmelder und den Anwälten nicht kooperiert. Selbst das Angebot der Versammlungsteilnehmer, an einen durch die Polizei bestimmten Ort auszuweichen, wurde von der Polizeiführung rigoros abgelehnt. Stattdessen leitete die Polizei schnellstmöglich die Räumung ein.

Repressionen gegen WagenbewohnerInnen sind in Deutschland nichts Neues. In fast jeder Stadt, in der es Wagenplätze gibt, sind die BewohnerInnen Illegalisierung, Vertreibung und Räumungen ausgesetzt.

Bestenfalls werden Plätze geduldet oder bekommen zeitlich begrenzte Verträge, die aber eine grundsätzliche Akzeptanz und einen gesicherten Erhalt längst nicht garantieren.

Selbst wenn ein Platz seit Jahren besteht und zum kulturellen und sozialen Leben der Stadt beiträgt und Akzeptanz und Sympathie der Nachbarschaft auf seiner Seite hat, wird er höchstwahrscheinlich früher oder später von Räumung bedroht sein.

In Hamburg war das beispielsweise der Wagenplatz "Bambule" im Karolinenviertel. Auch über zwei Jahre nach der Räumung zeigt sich die Nachbarschaft durch Transparente in Schaufenstern und an Hauswänden solidarisch

In vielen Städten müssen Menschen, die mobiles Wohnen bevorzugen, für den Erhalt ihrer Standorte kämpfen.

Berlin ist die Stadt mit den meisten Wagenburgen Deutschlands. In der regel wird hier ein bereits bestehender Platz geduldet, solange es für seinen Standort keinen Bebauungsplan gibt. Ersatzflächen sind in diesem Fall nicht vorgesehen.

Bei einer Neubesetzung gilt, daß nach spätestens 24 Stunden geräumt wird. Bisher wird eine Änderung des Baugesetzes zugunsten der Wagenplätze nur von den Grünen angestrebt.

Akut bedroht ist zur zeit der Wagenplatz "Schwarzer Kanal", einer der ältesten Wagenplätze Berlins, welcher sich in über 15 Jahren als kultureller, sozialer und politischer Anlaufpunkt etabliert hat. Regelmäßig finden dort Varietés, Konzerte, Volxküchen und Shows statt. Nachdem in den letzten Jahren bereits unzählige Wagenplätze und andere Freiräume der fortschreitenden Stadtumstrukturierung zum Opfer gefallen sind, droht nun auch diesem Platz das Aus. Neben fadenscheinigen Begründungen wie "städtebaulichen Mißständen" werden auch solch kreative Wortschöpfungen wie der "Trading-down-Effekt" zu Argumenten.

In Kassel wird seit über 20 Jahren im Wagen gelebt, lange Zeit auf drei geduldeten Plätzen, dennoch weigert sich die Stadt Kassel vehement, den mittlerweile platzlosen WagenbewohnerInnen bei der Suche nach einem neuen Gelände entgegen zu kommen.

Nachdem den BewohnerInnen des legal gemieteten letzten Platzes am Kasseler Hafen das Befahren und später auch das Betreten der einzigen Zufahrt zu ihrem Platz durch einen Anlieger unter Straf- und Gewaltandrohung verboten wurde und eine Zwangsräumung bevorstand, erklärte die Stadt sich für nicht zuständig. Nachdem die Stadt ca. 40 seitens der WäglerInnen eingebrachte Geländevorschläge igmoriert hat bzw. unter fadenscheinigen Begründungen verworfen hatte, hat der Wagenplatz seinen Umzug letzten Dezember selbst in die Hand genommen und ein neues Gelände gefunden. Verhandlungen mit der Stadt waren bisher jedoch ergebnislos, aufgrund starrköpfiger Bürokratie sind weitere Räumungen in nächster Zukunft zu erwarten.

In Osnabrück war der 2002 gegründete AZ-Wagenplatz von beginn an räumungsbedroht. Am31.10.2004 war es dann soweit, die Bauwagen wurden unter Polizeischutz abtransportiert. Auch in diesem fall ist die Stadt zu keiner politischen Lösung bereit und die Wagenleute sind ohne festen Standort.

Die "Schattenparker" in Freiburg waren über Jahre ständiger Vertreibung ausgesetzt, da sie zwar eine feste Gruppe sind, jedoch ohne festen Standplatz waren. Inzwischen haben sie eine Duldung und dürfen in einer Sackgasse in St.Georgen stehen. Bis heute halten die Schikanen an. Zusammenstehende Wagen werden von Ordnungskräften fotografiert und Polizeihubschrauber umkreisen die Standorte. Für eine politische Lösung aich in dieser vermeintlich liberalen Stadt wird weiter gestritten.

In Frankfurt/M wurde am 22.07.2003 der Wagenplatz in Frankfurt-Rödelheim geräumt, nachdem die BewohnerInnen 6 Jahre um den Erhalt gekämpft hatten. Auch Stadtpolitiker der Grünen reagierten mit Unverständnis darauf, dass den Leuten das "Gott verlassenen Grundstück" nicht überlassen wurde.

Vier Tage nach der Räumung fanden die Standortlosen ein ersatzgelände, die leer-



stehende Ex-"Fahrbereitschaft" der Frankfurter Polizei. Dieser Ort wurde jedoch nach vier Tagen ohne Vorwarnung in den frühen Morgenstunden durch ein Sondereinsatzkommando brutal geräumt. Alle Anwesenden, auch ein einjähriges Kind, wurden dabei verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt.
Hamburg hat sich mit seiner aggressiven Räumungspolitik der letzten Jahre an die Spitze der Vertreibung gesetzt.
Die Zahl der Plätze wurde in den letzten Jahren von 11 auf 5 dezimiert. Dauerhaftes Wohnen im wagen wird generell als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dargestellt, obwohl viele VertreterInnen des öffentlichen Lebens, wie z.B. Bischöfin Maria Jepsen, und viele Hamburger Initiativen sich für den Erhalt von wagenplätzen in der Stadt strak gemacht haben. Da der Hamburger Senat trotz vieler Solidaritätsbekundungen aus der Hamburger bevölkerung nicht bereit war, von der harten Hamburger Linie und dem Ziel, hamburg bis 2006 wagenfrei zu kriegen, abzuweichen, eskalierte der Konflikt nach der Räumung des Wagenplatzes "Bambule" derart, dass sich die Stadt wochenlang im Ausnahmezustand befand.
Die proteste der Wagenburg "Henriette" in Eimsbüttel haben nur einen Aufschub der Räumung erwirkt, doch auch dieser Platz soll bis zum 31.12,05 verschwunden sein. Das "Wendebecken" in Barmbek wurde geräumt, obwohl konkrete Auswege aus dem Konflikt angeboten wurden. Ein Privatinvestor sowie die Kirche waren bereit, den dort lebenden Menschen ein Grundstück zur Verfügung zu stellen. Jedoch sperrte sich der Senat gegen diese Lösungen mit Verweis auf das Hamburger Wagengesetz und zog stattdessen die Räumung des Platzes mit einem kostspieligen großaufgebot der Polizei vor.

Hunhaltetaktik bei Verhandlungen, Kriminalisierung und soziale Ächtung sind typische Merkmale im Umgang mit WagenbewohnerInnen.
Doch haben tolerantere Kommunen Wagenplätze als Bereicherung erkannt. So gibt es in Hannover zur Zeit vier legalisierte Wagenplätze (Sprengelgelände, Burgweg, Lister damm, Helmkestrasse). Der erste beispielhafte Vertrag wurde 1994 für den Wagenplatz "Lister Damm" abgeschlossen.
Das Verfahren vom politischen Beschluß zur Legalisierung von wagenplätzen im Jahre 1993 bis zur ersten vollzogenen Legalisierung dauerte keine zwei jahre. Die wagenplätze sind gemäß §35 (2) BauGB eingeordnet. Die Ver- und Entsorgung ist in Anlehnung an die niedersächsische Campingplatzrichtlinie genehmigt. Die Plätze sind als bauliche Anlagen genehmigt, Baugenehmigungen für die einzelnen Wagen sind nicht notwendig. Die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens wurde aufgrund eines Antrags der Opposition im Stadtparlament durch die Bezirksregierung überprüft und für zulässig befunden.
Nach Aussage des Liegenschaftsamtes bereitet die Verwaltung der drei legalisierten Wagenplätze nicht mehr Probleme als die Verwaltung anderer Grundstücke. Es besteht seitens der Stadt zur Zeit kein Handlungsbedarf.
Dies zeigt, dass es bei der Realisierung von wagenplätzen nicht um rechtliche Barrieren geht, sondern allein der politische Wille fehlt, diese Wohnform zu ermöglichen.
Das Problem der Wagenplätze wird sich nirgends in Deutschland in Luft auflösen.
Die Demonstration in der Hafenstrasse war ein Appell an alle zuständigen Stellen, endlich das Leben im Wagen als eigenständige Wohnform zu akzeptieren, bestehende Plätze nicht zu gefährden, bereits geräumten Plätzen Ausweichgelände zu stellen, neue Plätze zu tolerieren, und mit den Betroffenen in konstruktive, ergebnisorientierte Verhandlungen zu treten, mit dem erklärten Ziel, das Leben im Wagen in der von den BewohnerInnen gewünschten Form zu ermöglichen Unterlassen werden muss die Diskriminierung von wagenbewohnerInnen, wie sie sich in gewaltsamen Räumungen (Köln, Scharnhausen, Rödelheim, Kassel, Osnabrück....) zeigt.

Der Umgang mit der versammlung auf der Hafenstarsse zeigt einmal mehr, in welch drastischer Weise WagenbewohnerInnen ihre verfassungsmässigen Grundrechte verwehrt werden.
Aufgrund einer von der Norm abweichenden Wohnform werden Menschen systematisch kriminalisiert. Wenn sich die Situation für wagenbewohnerInnen in diesem Land nicht deutlich verbessert, ist politischer Widerstand Pflicht. Wir werden nicht aufhören, für diese Lebensform politisch zu streiten, bis ein gemeinschaftliches selbstbestimmtes Leben im Wagen nach unseren Vorstellungen möglich ist.
Nichts spricht gegen diese Wohnform, außer dem politischen Unwillen, sichtbare Andersartigkeit in dieser Gesellschaft zu akzeptieren und als Bereicherung zu erkennen.
Pressekollektiv des bundesweiten Wagenburg-Komitee, Hamburg, 23.04.05

Und so war es:

Pünktlich ab 12.00 Uhr versammelten sich ca.100 wagenbewohner,betroffene und sympatisanten vor dem Gerichtsgebäude in Hamburg/Sievekingsplatz,bei Punk-Rock-Mukke ,warmen und gekühlten getränken, infotafeln und Bullen.
Aufgrund des grossen Andrangs ins Gerichtsgebäude zu gelangen,dauerte es mindesten eine halbe stunde(eher länger)bis alle Richtung Gerichtssaal gelangen konnten.Bier und Trillerpfeifen und Schlüssel waren tabu...
Sichtlich vom andrang genervt,mussten die Beamten erklären ,wie wo und was man hier und da abgeben und hinlegen muss ,um durch die schleuse zu gehen.
Der "viel zu klein" gewählte Gerichtssaal bot leider nur Platz für 30-40 Personen,so dass der Rest der teilnehmer (30-40)bekanntschaft mit dem prunkvollem mosaik-flisen-fussboden machte und derweil vor dem Saal verharte.(sogar rauchen durfte man hier)Nur ab und zu gelang es etwas "Saal-Luft"zu erschnuppern,immer dann wenn die Tür aufging oder jemand von "drinnen" seinen Platz anbot.
Nach ca. 1 h Verhandlungszeit beschloss der Richter alle 48 verfahren zusammenzulegen ,um nicht für jeden Fall eine neue Beweisauflage erbringen zu müssen...
Wir werden sehen,nächstes mal noch zahlreicher erscheinen!!!!!!!!!

60 Years of Liberation!

Trauern um Dresden heißt trauern um den Nationalsozialismus oder Warum wir der Royal Airforce danken

Als am 13. Februar 1945 die Alliierten Bomben auf Dresden fielen, war dies ein weiterer notwendiger Schritt zur Befreiung Europas von Nazideutschland. 60 Jahre danach sollte dieses Datum sowohl ein Anlass zum Feiern sein, wie auch des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und den Gefallenen der Anti-Hitlerkoalition.

Stattdessen wird dieses Ereignis dazu genutzt, eine kritische und grundlegende Auseinandersetzung mit den Ursachen des Zweiten Weltkrieges zu verhindern, indem der Angriff auf Dresden aus dem historischen Kontext genommen wird. Durch die kollektive Trauer um die bei der Bombardierung Getöteten wird eine Relativierung der deutschen Verbrechen bewirkt. Die Konstruktion eines deutschen Opfermythos durch dieses nationale Großereignis wollten wir nicht unkritisiert von statten gehen lassen. Da in der hamburger radikalen linken bisher zu diesem Thema keinerlei öffentliche Auseinandersetzung und Positionierung stattgefunden hat, haben wir uns entschlossen, dazu ein Transparent an die Rote Flora zu hängen, weil dies einen Ort linksradikaler Politik darstellt und von vielen Menschen gesehen werden kann. Im Anschluss daran sollte das Transparent am 12. und 13. Februar in Dresden unsere Position in die Öffentlichkeit bringen.



Auf dem Transparent befanden sich neben dem Schriftzug "60 Years of Liberation! Trauern um Dresden heißt trauern um den NS" auch das Symbol der Royal Airforce sowie die Fahne, die deutsche Schiffe während der Besatzungszeit, als alle jemals verwendeten deutschen Flaggen verboten waren, führen mussten. Diese Kapitulationsflagge ist ein etwas abgewandeltes "C" (für Capitulation) des internationalen Flaggenalphabetes. Diese Symbole provozierten Menschen aus dem Floraumfeld so, dass sie mit schwarzer Farbe übersprüht wurden. Während wir die Übermalung der Kapitulationsfahne auf bloße Unwissenheit zurückführen, richtet sich die Schwärzung des Royal Airforce-Zeichens in diesem Fall gegen das Eingreifen der britischen Luftwaffe in den zweiten Weltkrieg.

Wir sehen die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten als Bestandteil des Krieges gegen Nazideutschland, ohne uns auf Diskussionen um militärisch-strategische Details einlassen zu wollen. Besonders solche kollektiven Trauerveranstaltungen wie die in Dresden stellen diese Tatsache in Frage, indem durch eine enthistorisierte Darstellung des Leids der deutschen Bombenopfer die Kategorien von TäterInnen und Opfern in Frage gestellt und verwischt werden. Bezeichnendes Beispiel hierfür ist das offizielle Plakat der Stadt Dresden zu den Trauerveranstaltungen: Dresden wird hier unkommentiert in eine Reihe mit Städten wie Warschau, Coventry und Guernica, die von den Deutschen angegriffen wurden, oder auch New York, das von islamistischen Fundamentalisten attackiert wurde, gestellt. Hierdurch wird das Phänomen Krieg bzw. Luftangriff als eine Art Naturkatastrophe dargestellt, die unabhängig von gesellschaftlichen Ursachen "passiert". Dass Dresden ein weiterer Schritt zur Niederlage Deutschlands war, Warschau und Coventry dagegen Bestandteil des rassistisch expansionistisch motivierten Vernichtungskrieges der Deutschen findet hier überhaupt keine Beachtung. Allein diese Städte im Zusammenhang mit Dresden zu nennen, ist eine krasse Relativierung des deutschen Angriffskriegs und der Kriegsverbrechen.

In diesem Kontext führen gerade verallgemeinernde Aussagen wie "Nie wieder Krieg!" dazu, dass geschichtsrevisionistische Tendenzen, ob von rechtsaußen oder aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft, verstärkt werden. Denn wer am 13. Februar in Dresden gegen Krieg demonstriert, demonstriert damit implizit auch gegen den Krieg gegen Nazideutschland. Kein Krieg und keine andere gesellschaftliche Erscheinung findet im luftleeren Raum statt, sondern muss immer in seinem historischen Zusammenhang betrachtet und politische Forderungen entsprechend angepasst werden.

In der (radikalen) Linken erfreuen sich Statements wie "Gegen jeden Krieg!", oder die unterschiedslose Ablehnung jeglicher Staatsgebilde und ihrer militärischer Apparate großer Beliebtheit. Auch wir sehen es als Minimalkonsens einer radikalen Linken an, für die Utopie einer staaten- und klassenlosen gewaltfreien Gesellschaft zu kämpfen. In bestimmten historischen und gesellschaftlichen Formationen allerdings sind solche Forderungen sinnlos und können einer reaktionären Politik in die Hände spielen. Bezogen auf Dresden bedeutet ein positiver Bezug auf den Eingriff der Allierten ins Kriegsgeschehen (den wir ja wohl alle teilen!?) und die folgende Befreiung auch, die Mittel dieses Eingriffs, hier die britische Luftwaffe, mindestens zu akzeptieren. Das

eine ohne das andere ist eben nicht zu haben.

Die Verwendung des Zeichens der Royal Airforce in diesem Kontext ist eine eindeutige Positionierung, die keine Zweifel darüber zulässt, dass wir die Zerschlagung Nazi-Deutschlands mit militärischen Mitteln als richtige und einzige Möglichkeit sehen, den Nationalsozialismus zu beenden. Anschlusspunkte für friedensbewegte aufständige Anständige und pseudo-pazifistische Kollektivtrauernde , die darauf hinweisen, dass 1945 in Dresden ja auch Unschuldige und Kinder gestorben sind, gibt es hier definitiv nicht. Deswegen fragen wir uns, wieso es einige Leute für notwendig hielten, dieses Symbol unkenntlich zu machen. Unserer Meinung nach ist es Aufgabe einer radikalen linken, sich kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen statt sich mit undifferenzierten Parolen im Mainstream-Diskurs einzureihen. Da seit einigen Jahren zu beobachten ist, dass sich das gesamtdeutsche Kollektivgewissen seiner schuldbeladenen Vergangenheit zunehmend durch "Entschädigungszahlungen" und Mahnmalbau entledigt sieht, ist es um so notwendiger, dem nach Innen und Außen neuerstarktem Nationalbewusstsein eine radikale Kritik entgegenzusetzen. Der Nationalsozialismus wird oft als ein Kapitel gesehen nach dessen erfolgreicher Bewältigung die deutsche Normalität zurückkehrte, vergessen wird, dass Auschwitz eine spezifisch deutsche Erscheinung ist. Durch die Verwendung des Zeichens der Royal Airforce wollen wir diesem Normalisierungsdiskurs eine Aussage entgegensetzen, die nicht von geschichtsrevisionistischen Tendenzen, gleich aus welcher gesellschaftlichen Ecke kommend, vereinnahmbar ist.
Wer dieses Symbol übermalt, scheint doch eindeutige Überschneidungspunkte mit der bürgerlichen Position aufzuweisen.

Einige DresdenfahrerInnen

Deutsche Zustände in Dresden

Nazis ziehen in großen Gruppen durch die Stadt, jagen und verprügeln Linke und Andersaussehende, versuchen jüdische Einrichtungen anzugreifen, während die Polizei zuschaut und oft nur gegen Menschen eingreift, die sich gegen die faschistischen Horden zu Wehr setzen...Ereignisse aus längst vergangenen Zeiten? Nein, das sind Szenen, die sich in Dresden am vergangenen Sonntag dem 13. Februar 2005 in der Dresdener Innenstadt rund um die Frauenkirche (zum wiederholten Male) abspielten.

Doch zunächst von vorn. Seit 1999 finden in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung am 13. Februar Aufmärsche der Neonazis statt, die an das bürgerliche Gedenken anknüpfen und den Alliierten geplanten Massenmord unterstellen, um von den Verbrechen Nazideutschlands abzulenken bzw. diese zu relativieren. Dieser Aufmarsch hat sich mittlerweile zu einer festen Größe im Eventkalender der Neonaziszene entwickelt. Wurden anfangs noch einige hundert Neonazis von der rechtsextremen jungen Landsmannschaft Ostpreussen (JLO) nach Dresden mobilisiert, waren es dieses Jahr um die 5000 TeilnehmerInnen – nachdem schon 2002 die Marke 1000 geknackt wurde – und damit einer der größten Aufmärsche der Neonazis in der Nachkriegsgeschichte der BRD. Lediglich der ns-verherrlichende Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel am 20. August vergangenen Jahres und das deutsche Stimme Pressefest der NPD in Mücka liegen in ähnlichen Dimensionen. Allein an diesen Zahlen wird schon klar, welche Bedeutung das Thema in der Neonaziszene hat.
Von bürgerlicher Seite gab es von Anfang an kaum Widerstand gegen die Nazis, da von vielen Dresdener BürgerInnen ähnliches Gedankengut vertreten wird. Vielen ist das Gedenken an die deutschen Opfer der alliierten Bombardierungen wichtiger, als die Erinnerung an die Verbrechen Nazideutschlands und die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Nationalsozialismus.
Generationsübergreifend hat sich ein regelrechter Opferkult entwickelt, bei dem sich Menschen als Opfer fühlen, die nie Opfer von Bombenangriffen waren. Damit einher gehen Verbreitung von Legenden und Mythen wie angebliche Menschenjagden von alliierten Tieffliegern, Opferzahlen werden nach oben gelogen, und Dresden als unschuldige Kulturstadt bezeichnet. Obwohl es sich schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten um eine Hochburg der NSDAP handelte. Kein Wunder dass die Nazis ohne Probleme an diese allgemeine deutsche Opferinszenierung anknüpfen können. Erst nachdem im letzten Jahr die NPD mit 9% der Wählerstimmen in den sächsischen Landtag einzog, und dort mehrer Skandale lostrat, indem sich NPD-Fraktion geschlossen weigerte an einer Gedenkminute zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus teilzunehmen, und die Bombardierung Dresdens als "Bombenholocaust" bezeichnete (was übrigens auf den Neonazidemos zum 13. Februar schon seit Jahren offiziell stattfindet), konnten die Neonazis nicht mehr ignoriert werden. Es ging jetzt um das Ansehen der Stadt Dresden und Deutschlands in der Welt. So hatte zum Beispiel die Holocaust Überlebende Ruth Klüger ihren Auftritt im Rahmen der "Dresdener Reden" zum 13. Februar abgesagt, da sie wie sie begründete, nicht über einen jüdischen Überlebenden sprechen kann, während gleichzeitig tausende Judenhasser durch die Stadt ziehen. Deshalb kam es in diesem Jahr das erste mal zu etwas größeren bürgerlichen Gegenveranstaltungen. Doch dazu später mehr. Wichtig ist, dass die Nazis in der vergangenen Zeit bei der Dresdener Bevölkerung nie auf große Ablehnung stießen, sondern im besten Fall Ignoranz aber auch Verständnis ernteten.
Auch die linken Gegenaktivitäten hielten sich in Grenzen. Was zum einen der Schwäche der linksradikalen Antifabewegung um die Jahrtausendwende, aber auch der Uneinigkeit der Linken selbst bezüglich dieses Themas geschuldet ist. Einige sächsische Antifas erkannten schon relativ früh das geschichtsrevisionistische Potential des bürgerlichen Gedenkens für die geschichtspolitische Debatte in Deutschland, und legten ihr Hauptaugenmerk folgerichtig auf die Störung des bürgerlichen Gedenkens. Zum 50. Jahrestag der Bombardierung 1995 schaffte es eine Kleingruppe bis in den Festsaal und konnte während der Eröffnung der offiziellen Trauerfeierlichkeiten ein Transparent mit der Aufschrift "no tears for krauts – deutsche Täter sind keine Opfer!" entrollen. Gegen die seit 1999 stattfindenden Naziaufmärsche, gab es dagegen immer keine oder nur halbherzige Mobilisierungen. Erst letztes Jahr wurde erstmals unter dem Motto "Nazitränen satt!" explizit gegen den Naziaufmarsch mobilisiert. Leider folgten nur etwa 300 Antifas dem Aufruf.
Diese bürgerliche Akzeptanz und die wenigen linken Gegenaktivitäten hatten zur Folge, dass die Neonazis nur wenig von der Polizei bewacht in der Innenstadt umherziehen konnten. Je größer die rechtsextremen Aufmärsche wurden, um so größer wurde auch das Bedrohungspotential im Umfeld, besonders direkt vor und nach den Demonstrationen. Letztes Jahr am 14. Februar wurde die Innenstadt endgültig zur No-Go-Area für alle die nicht in das Weltbild der Neonazis passten und mussten damit rechnen angepöbelt, gejagt und verprügelt zu werden. Fehler! Hyperlink-Referenz

ungültig.
Dieses Jahr sollte alles anders werden. Der 60. Jahrestag stand bevor und der spürbare Rechtsruck der politischen Mitte und die Wahl der Neonazis in den sächsischen Landtag ließen nichts gutes erahnen. Örtliche Dresdener Gruppen beriefen deshalb ein bundesweites Bündnis ein um entsprechend agieren zu können. Schnell wurde aber klar, dass der Neonaziaufmarsch wieder nur ein Randthema ist. Stattdessen sollte unter dem Motto "Frauenkirche abreissen", oder "Bomber Harris do it again", und dem unreflektierten Abfeiern der westlichen Alliierten insbesondere der USA und Großbritannien das Bürgergedenken gestört werden. Im Bündnis-Aufruf war dann auch nur von unbedeutenden, pöbelnden Neonazis die Rede. Von diesem Bündnis im dem sich Gruppen wie das BgR ("Bündnis gegen die Realität") Leipzig befanden, die für ihre Strategie der kalten Schulter gegenüber den Neonazis bekannt sind, oder auch die antideutsche Agit-Prop-Truppe "Bad Weather" aus Hamburg, deren einzig wahrnehmbare Aktionen gegen Neonaziaufmärsche aus Fahnenschwenken besteht, war also nicht wirklich etwas gegen den Naziaufmarsch zu erwarten. Aufrufe gegen den Naziaufmarsch wurden dann auch nur außerhalb des Bündnisses veröffentlicht.
Die Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch wurde also wieder nur halbherzig betrieben. Immerhin gab es eine Kundgebung des bundesweiten Bündnisses an der Synagoge, die als Ausgangspunkt für die dezentralen Aktionen gegen das Bürgergedenken gedacht war, aber auch für Anti-Nazi-AktivistInnen als Anlaufpunkt genutzt werden konnte.
Am 12. Februar fand dann eine Demonstration gegen Geschichtsrevisio nismus statt an der sich 500 Menschen beteiligten. Diese Demonstration wurde aufgrund ihrer Außenwirkung zurecht von niemandem ernst genommen, und war somit auch nicht geeignet, irgendwelche Akzente in der geschichtspolitischen Debatte um Dresden zu setzen. Die inhaltliche Ausrichtung schreckte auch viele AntifaschistInnen ab sich an der Demo zu beteiligen, bzw. überhaupt nach Dresden zu fahren. Am nächsten Tag waren trotzdem etwa 800 – 1000 Antifas rund um den Neonaziaufmarsch unterwegs. Der Aufmarsch der Rechtsextremen konnte aber nur marginal gestört werden, was an der starken Absicherung durch die Polizei, den menschenleeren Gegenden am neustädtischen Elbufer und an der mangelnden Motivation und offensichtlich schlechten Vorbereitung der Gegendemonstran tInnen lag. Als zum Beispiel auf der Augustusbrücke etwa 30 Leute die Route der Nazis blockierten und aufgrund der starken Anwesenheit der Presse nicht einfach weggeprügelt werden konnten, standen oben auf den Elbterassen mindestens



hundert weitere potentielle GegendemonstrantInnen, die sich aber nicht anschlossen, auch nicht als die dünne Polizeiabsperrung auf einmal abzog, sondern sich lieber darauf beschränkten sich das ganze von oben anzusehen und mit dem Union Jack zu wedeln...
In der Innenstadt sah es diesmal anfangs besser aus. Dadurch dass sich zeitweise einige hundert AntifaschistInnen in der Innenstadt befanden, konnten die Nazis diesmal nicht das Stadtbild dominieren. Im Gegenteil oft mussten sie fluchtartig das Gebiet verlassen und konnten nicht ewig in Kleingruppen unbehelligt umherziehen. Dafür setzte die Polizei am Altmarkt ein große Gruppe linksalternativer Jugendliche fest, die in Richtung Auftaktkundgebung der Nazis unterwegs waren, und nahm ungefähr 50 von ihnen bis nachts um 2:00 Uhr in Gewahrsam. Ohne dass ihnen irgendwelche Straftaten vorgeworfen werden konnten. Bis zur Auflösung der Nazidemo befanden sich dann kaum noch Neonazis in der Innenstadt. Kurz bevor die Nazidemo zu Ende war, tauchten dann Nazi-Hools in der Innenstadt auf, und fingen am Postplatz an, Jagd auf Linke zu machen, zogen sich aber bald in das Neubaugebiet hinter dem Postplatz zurück. Währenddessen kamen von der Neonazidemo immer mehr Kleingruppen von Nazis in die Innenstadt und fingen an alle möglichen Leute zu belästigen.
Eine Gruppe dunkelhäutiger Menschen wurde mit "Nigger! Nigger!"-Rufen durch die Innenstadt gejagt, und vor den Augen der Polizei verprügelt, die anstatt einzugreifen einfach weg fuhr. Die braunen Mobs wurden jetzt immer größer und dreister, auch ein Stand der JUSOs wurde attakkiert. Die Polizei war absolut nicht mehr Herr der Lage (wenn sie es denn überhaupt wollte) und die Zustände wurden immer chaotischer. Parallel zur Prager Strasse trafen etwa 60 Antifas auf mehrere hundert Neonazis, die von ihrer inzwischen aufgelösten Abschlusskundgebung kamen. Durch sofortiges Handeln der Antifas konnten die Neonazis vertrieben werden und wurden bis zum Postplatz zurückgedrängt. Hier griff auf einmal die ansonsten völlig untätige Polizei ein, und ging auf die Antifas los. Zu diesem Zeitpunkt tauchten auch die Hools wieder auf, und versuchten den Antifas den Rückzugsweg abzuschneiden, was sich aber bald als ihre dümmste Aktion an diesem Tag herausstellte, so hatten einige Linke, die kurz vorher noch gejagt worden waren, die Gelegenheit sich entsprechend zu revanchieren. Da die Polizei inzwischen noch eine ganze Hundertschaft auffuhr mussten sich die Antifas jetzt endgültig zurückziehen und wurden versprengt. Teilweise wurden sie von den Bullen fast in die Arme der herumziehenden Nazimobs getrieben. Überall kam es jetzt zu Übergriffen der Neonazis und die Antifas zogen sich aus der Innenstadt zurück.
In der Zwischenzeit hatte eine bürgerliche Gegendemonstration mit der Auftaktkundgebung begonnen, die sich aber am anderen Ende der Innenstadt befand, und deren TeilnehmerInnen von den Ereignissen rund um die Prager Strasse – Postplatz – Altmarkt nix mitbekamen. Die Demo führte dann mit mehreren Tausenden BürgerInnen schweigend um die Innenstadt herum (über zum Teil noch aufgerissene Pflaster, aufgrund der Auseinandersetzungen) bis zum Postplatz. Hier sorgte dann die Polizei dafür, dass die Neonazis nicht mit der Bürger-Demo in Berührung kamen. Sonst wurden die Neonazis nicht eingeschränkt. Im Gegenteil, nachdem die Polizei den ganzen Tag an der Synagoge wegen der

Antifakundgebung präsent war, fuhr sie davon, als die Nazis ihre Kundgebung auflösten und die Bedrohung am Größten war. Prompt versuchten 2 Gruppen von Neonazis (einmal 50, einmal um die 100) zum Teil mit Holzlatten bewaffnet die Synagoge anzugreifen. Während die bürgerlichen GegendemonstrantInnen am Postplatz standen und sich selbst und die Stadt für die Weltöffentlichkeit feierten, mussten Antifas die Synagoge verteidigen. Das ist in Dresden kein Einzelfall mehr, in der Vergangenheit kam es immer wieder rund um die Naziaufmärsche zu Angriffsversuchen auf die Synagoge, zuletzt am 8.Mai 2004 als eine Horde Nazis das Kinderfest an der Synagoge stürmen wollte, und nur durch zufällig vorbei kommende Polizei ihr Vorhaben aufgaben. Danach wurde es aber bald wieder ruhig, die Neonazis machten sich größtenteils auf den Weg nach Hause. Bei Einigen dürfte es aber in den Bussen und Autos etwas zugig gewesen sein.
Die Stadt, die Presse, die Polizei und auch der Verfassungsschutz sind sich darin einig, dass Dresden an dem Tag sich der Welt von der besten Seite gezeigt hat. 5000 Neonazis sind auf einmal nur noch ein kleines Häuflein denen 50 000 Dresdener BürgerInnen gegenüber stehen. Die Frage warum 5000 Nazis nach Dresden gekommen wurde dagegen kaum gestellt. Genauso wenig wird über die Ereignisse in der Innenstadt berichtet.
Der Verfassungsschutz gibt zwar zu, dass die Neonazidemonstration inzwischen bundesweite Bedeutung hat. Attestiert den Rechtsextremen aber einen friedlichen Ablauf, während den "Linksextremen" unterstellt wird, dass sie die Auseinandersetzungen mit den Rechten suchte, und es dabei zu Gewaltätigkeiten kam. Wie das zusammengeht, wenn die Polizei angeblich die ganze Zeit Herr der Lage war und die Neonazis sich friedlich verhalten haben, bleibt das Geheimnis der sächsischen Verfassungsschützer.
Fehler! Hyperlink-Referenz ungültig.
Festzustellen ist auf jeden Fall, dass in der Öffentlichkeit der Naziaufmarsch klein geredet wird und die Stadt sich mit ihrem Gedenken als geläutert präsentiert hat. Wobei weder das eine noch das andere der Realität entspricht. Dazu passt, dass das Symbol schlechthin an diesem Tag, der aus Kerzen gebildete Schriftzug "Diese Stadt hat Nazis satt!" von einer durchtrampelnden Horde Nazihools beschädigt wurde. Selbstverständlich steht davon kein Wort in der Presse..
Das wichtigste Ziel des bundesweiten (antideutschen) Bündnisses die Störung des bürgerlichen Gedenkens und ein Eingreifen in die öffentliche Debatte ist nicht gelungen.
Zur Verteidigung kann angeführt werden, dass die Polizei jegliche Störaktionen die sich gegen das bürgerliche Gedenken richteten vor Ort im Keim erstickte, und Menschen die ihrem Unmut lautstark Ausdruck verliehen, entgegen jeder Rechtsgrundlage ohne vorherige Erteilung eines Platzverweis bis spät in die Nacht in Gewahrsam genommen wurden. Einen großen Anteil an dem Scheitern jedoch machte aber sicher das Auftreten des Bündnisses nach außen aus. Was dazu führte, dass eigene Positionen keiner größeren Öffentlichkeit vermittelt werden konnten, und die inhaltsleere Institutionalisierung der Provokation, auch Linke und andere potentielle MitstreiterInnen eher abschreckte nach Dresden zu kommen.
Dabei wäre gerade zu diesem Thema eine Intervenierung der radikalen Linken bitter nötig gewesen. Wer glaubt dass es in Dresden nur um das Gedenken einiger Bombenopfer geht, ist entweder sehr naiv oder nimmt einfach die Realitäten der aktuellen öffentlichen Debatte nicht zur Kenntnis. Ein wesentlicher Aspekt der Erinnerns ist es, die Vergangenheit lebendig zu halten.
Durch die Vergegenwärtigung werden Bezugspunkte geschaffen – Bezugspunkte für eine Handlungsorientierung und eine Sinnsetzung. Das bedeutet, dass Erinnerungen immer auch von den gegenwärtigen Bedingungen des Erinnerns abhängen. Erinnerungen dienen einer Gesellschaft der Sinnproduktion und politisieren somit auch im hohen Maße. Erinnerungskultur und Identitätsstiftung hängen in einer Gesellschaft somit unmittelbar zusammen. Durch dieses identitätsstiftende Element ist der Vorgang des kollektiven sich Erinnerns wie es auch in Dresden geschieht von großer Relevanz für Machtinteressenstrukturen, die das steuernde Element der Erinnerungskultur zu instrumentalisieren wissen wollen.
Das geschieht nicht nur durch die Neonazis. In Deutschland ist es inzwischen Gang und Gebe die deutschen Opfer des 2. Weltkrieges in den Vordergrund zu stellen, und die Verbrechen Nazideutschlands in einer Grauzone des gemeinsamen Opferseins verschwinden zu lassen. Dieser deutsche Opfermythos findet Ausdruck z.B. in den hohen Einschaltquoten der aktuellen Machwerke Guido Knopps zu den Vertriebenen und dem Bombenkrieg, und den Bestsellerquoten des Buches von Jörg Friedrich "Der Brand", in dem der Bombenkrieg in die Nähe des Holocaust gerückt wird. Wer es immer noch nicht verstanden hat, dem sei folgende Milchmädchenrechnung präsentiert.
Am 13. Februar war das Gedenken in Dresden das Topthema in allen Nachrichtensendungen, am 27. Januar war dagegen der 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee erst ein Thema unter vielen, während der Schiedsrichterskandal die Nation als das Top-Thema beschäftigte. Diese Beispiel macht auch deutlich wie verlogen es ist, wenn gefordert wird, jetzt müsste endlich auch mal der deutschen Opfer gedacht werden. Statt Auseinandersetzung mit den Ursachen des Nationalsozialismus wird immer offener wieder ein unverkrampftes Verhältnis zur Nation gefordert und auch gelebt. In Krisenzeiten wird dem Bürger statt Wein eine Fahne in die Hand gedrükkt, damit er bei der Stange bleibt und jede Schweinerei mit Begeisterung mitmacht, auch wenn der Gürtel enger geschnallt werden muss. Wer sich dann noch wundert wieso mehrere Tausend Nazis zu dem Anlass nach Dresden kommen, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Von bürgerlicher Seite aus, ist also nichts Positives zu erwarten, die Linke ist in Dresden am 13. Februar auf sich allein gestellt, und muss ihre Verantwortung endlich wahrnehmen. Dieses Jahr haben sich schon mehr AntifaschistInnen an den Gegenaktivitäten beteiligt. Teilweise konnte gezeigt werden, dass durch entschlossenes Handeln Einiges machbar ist. Gleichzeitig müssen die Leute sich gut vorbereiten und umsichtig handeln, da es bei diesen Massen von Nazis teilweise mit hohen persönlichen Risiken verbunden ist. Nie war es wichtiger in festen Bezugsgruppen unterwegs zu sein, die Lage realistisch einzuschätzen und sich gut vorzubereiten. Anzumerken bleibt dabei dass dieses Thema nicht nur auf Straßen Dresdens entschieden wird, hier kann es nur um Schadensbegrenzung gehen, vielmehr sollte verstärkt eine linke, antifaschistische Erinnerungskultur das ganze Jahr über betrieben werden, damit den Opfern und den Ursachen des Nationalsozialismus Rechnung getragen werden kann. Daran muss sich auch eine Mobilisierung im nächsten Jahr orientieren.

Wir hoffen, dass sich nächstes Jahr wesentlich mehr Linke auf den Weg nach Dresden machen. Wir denken, dass einige Linke den Protesten in Dresden ferngeblieben sind, da sie befürchteten in einer Masse mit USA-Fahnen schwenkenden, dumpfe Sprüche klopfenden Leuten zu stehen. Es sollte der radikalen Linken aber möglich sein, eigene Inhalte zu transportieren und sich eben nicht von einer kleinen politisch inakzeptablen Gruppe in der Weise beeinflussen zu lassen, dass sie an den Protesten nicht teilnimmt. Hier drängt sich auch der Verdacht auf, dass es sich ein Teil der Linken sehr einfach macht, in dem er das Thema der deutschen Opferpolitik und wie eine linksradikale Position dazu aussehen könnte ausklammert.
Gerade durch die inhaltliche Nähe von Nazis und BürgerInnen bekommt die Dresden-Problematik eine Brisanz, bei der es stark fahrlässig wäre, hier nicht als radikale Linke zu intervenieren.

Autonome AntifaschistInnen

Anti-Atom-Seite

Normalbetrieb
Im vergangenen Jahr verschwanden aus der WAA Sellafield rund 30 Kg Plutonium, eine Menge aus der mensch 7 bis 8 Atombomben basteln könnte. Kurioser Weise versuchte die Werksleitung die Öffentlichkeit damit zu beruhigen, es handele sich dabei eventuell um statistische Fehler. In anderen Ländern führen derart "fehlerhafte" Statistiken bisweilen zu größeren militärischen Operationen, aber das ist eine andere Geschichte.

Aktion
WAA-Transport in Buxtehude gestoppt
...Der WAA-Transport wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 2005 für längere Zeit in der Stadt Buxtehude, zwischen dem Start-Ort Stade und Hamburg-Harburg aufgehalten. Gegen 04:10 erregte eine Gruppe Aktivisten vor Buxtehude mit Raketen und anderen pyrotechnischen Effekten die Aufmerksamkeit des Castors, der bereits in Sichtweite war, sowie des begleitenden Helikopters. Etwa zeitgleich hatte eine zweite Gruppe in Buxtehude 2 lebensgroße Strohpuppen in weißen Overalls auf den Gleisen deponiert und damit sowie mit Raketen einen Güterzug zur Bremsung veranlasst. Da der Castor erst gegen 05:15 Hamburg-Harburg durchfahren hat (vielleicht 10 min Fahrzeit von Buxtehude entfernt), hat er einen unfreiwilligen Zwischenstopp von fast genau 1 Stunde eingelegt! ...
(indymedia)

16.02.05 Das Geschenk und der Castor
...Die vier Behälter mit hochradioaktivem Material aus Stade erreichten auf dem Weg nach La hague heute um 15.47 schifferstadt. kurz danach stoppte ein küchentuch den zug und der lokführer stoppte vor einem bunt eingepackten pappkarton. was danach geschah ist nicht ganz klar, aber der bgs lies die strecke voll sperren und erst 1,5 bis 2 stunden später ging es weiter. ...
(indymedia)

15.2.05 Trashman behindert Bahnverkehr
Zwischen Hitzacker und Dahlenburg blokkierten Unbekannte am Morgen den Bahnverkehr. Eine Figur aus Müll hatte die Gruppe "Subcommando H- Null-Schuld" mit einem Seil einige Meter über die Gleise gespannt, um so den Zug zum Halten zu bewegen. In einer zurückgelassenen Botschaft hieß es: "Trash against nuclear transports - stop killing our future". Die Figur ist wahrscheinlich einer von drei "trash people", die im letzten Jahr aus der Freilicht-Ausstellung des bekannten Künstlers HA Schult in Gorleben gestohlen wurden.
(indymedia)

Termine:
jeden 2. Dienstag im Monat: Anti Atom Vokü im Hafen ab 19.00 Uhr.



Aus aktuellem Anlaß dokumentieren wir an dieser Stelle eine Zusammenfassung der Aktionen gegen die diesjährige Wintertagung des deutschen Atomforums am letzten Januar Wochenende

Gestern Abend traf die Atommafia im Berliner Hotel Maritim ein, um sich im Rahmen ihrer Wintertagung für einen "vernünftigen Energiemix" auszusprechen: Vertreter der Atomindustrie (RWE, Vattenfall, E.On, EnBW) und von dem schmutzigen Geschäften profitierende Unternehmen wie Siemens, RAG, Deutsche-, Dresdner- und Commerzbank treffen sich mit den energiepolitischen Sprechern aller im Bundestag vertretenen Parteien und hohen Funktionären der IG Bergbau, Energie, Chemie. [...]Das erklärte Ziel des Dt. Atomforum e.V. ist es, die Rahmenbedingungen für die "zivile Nutzung" der Kernkraft zu verbessern. [...]. Atomexporte (Akw-Neubauten in Finnland, Brasilien, China; angereichertes Uran durch Erweiterung der UAA Gronau; geplanter Verkauf von Hanau an China) sollen problemlos durchgeführt werden können. Die als "Konsens über den Ausstieg aus der Kernenergie" überschriebene Weiterbetriebsgarantie für deutsche AKWs wird jetzt schon massiv in Frage gestellt. Einmal mehr wird uns die Kernkraft als eine Alternative zum Öl präsentiert, eine vermeintlich klimafreundliche Art der Energiegewinnung.
Am Wochenende fand ein Anti-Atom-Kongress statt. Zum Auftakt hielt der Physiker und Vorsitzende der Gesellschaft für Strahlenschutz, Sebastian Pflugbeil, einen Vortrag zu den atompolitisch-militärische Interessen der BRD in den letzten 60 Jahren. [...]Am Sonntag fand ein Seminar für Widerstands-Neulinge statt, das einen regen Zusrpuch auslöste. Später referierte die finnische Anti-Atom-Aktivistin Ulla Klötzer (Frauen gegen Atomkraft: http://www.atomstopp.com) über den gerade stattfindenden Neubau eines Prototyps eines EPR-Reaktor (Framatome/Siemens) und des wahrscheinlich ersten Endlagers für hochradioaktive Abfälle der Welt. [...]
Am Montag fanden zwei kleinere Stadtspaziergänge zu atompolitischen Brennpunkten statt. So wurden die sächsische Vertretung (kommender Rossendorf-Ahaus-Transport, NPD), das ständige Büro des Dt. Atomforums und die Zentrale des Atom- und Kohlegiganten Vattenfall Europe von Anti-AtomaktivistInnen besucht.

Ebenfalls am Montag wurden in Friedrichshain und Treptow Brandanschläge auf Fahrzeuge der Deutschen Bahn (verdient an CASTOR-Transporten sowie an einer 25prozentigen Beteiligung am AKW Neckarwestheim) und der BEWAG verübt.
Zur Ankunft der Atommafia am Tagungsort erklommen AktivistInnen der Umweltschutzorganisation Robin Wood das Vordach des Hotel Maritim und befestigten ein Transparent mit der Aufschrift: "Vernünftig ist nur der Ausstieg - Energiewende jetzt!".

80-120 Menschen versammelten sich im Laufe des Nachmittags in der Nähe des Hotels. Einigen gelang es, unbemerkt mit den Atombossen Champagner zu schlürfen. Anderen war dieses Glück nicht beschieden: es kam zu mindestens vier Personalienfestellungen wg. angeblichem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sowie wegen Verleumdungen von anwesenden Taxifahrern. [...]

Den Atomstaat angreifen!
Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit! "

Dokumentation

Jetzt wird`s heiß!

Erklärung zu den abgefackelten Firmenwagen von DB und BEWAG

Wir haben in den frühen Morgenstunden des 1.2.2005 mehrere Firmenwagen der Deutschen Bahn AG und der BEWAG in Berlin Friedrichshain und Berlin Treptow angezündet. Beide Konzerne profitieren von der Atomenergie. Wir sind radikale Linke, die sich (auch) im heterogenen Anti-Atom-Widerstand einmischen. Wir sind als unser Ruf und wir bleiben in Bewegung.

Diese direkten Aktionen sind für uns ein Teil der Aktionstage gegen das Deutsche Atomforum. Das Deutsche Atomforum (DAF) wurde 1959 gegründet. Seitdem verfolgt es das falsche Ziel, Lobbyarbeit für Atomkraftnutzung zu machen. Die diesjährige Tagung am 1. und 2. Februar im Maritim-Hotel in Berlin ist typisch für diese Arbeit. Wir haben mal im Lexikon nachgeschlagen: Ein Forum ist ein frei zugänglicher Platz, auf dem vernünftige Menschen vernünftige Argumente tauschen. Politiker/innen, Wissenschaftler/innen und andere Experten diskutieren im Maritim-Hotel über einen "vernünftigen Energiemix" (Ankündigungstext DAF). Welche Rolle die Atomkraft in diesem Mix spielen soll, ist nicht schwer zu erraten. Auch nicht, daß unsere Argumente als unvernünftig gelten würden.
Wir fänden es aber falsch, den Hochglanzbroschüren und Tagungen des DAF eine übergroße Bedeutung beizumessen. Bei der Durchsetzung des Atomprogramms in der BRD Ende der 60er Jahre war es der politische Wille der damaligen Bundesregierungen und speziell die ökonomische Konkurrenz zwischen Energiekonzernen, die der Atomkraft zum Durchbruch verhalf. An einem entscheidenden Wendepunkt, im Jahr 1969, beauftragte RWE die Konzerne Siemens und AEG mit dem Bau des AKW Biblis bei Darmstadt. Für einige Zeit sollte es das weltweit größte AKW sein. Zu diesem symbolischen Schritt wurde RWE veranlaßt, weil Konkurrent Preußenlektra in Stade und Würgassen AKWs bauen ließ. Im RWE-Vorstand hatte mann mehr und mehr Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle, d.h. um die Konkurrenzfähigkeit des Konzerns.

Wir denken nicht, daß sich das BRD-Atomprogramm mit Lobbyarbeit erklären oder bekämpfen läßt. Der Anti-Atom-Widerstand hat seit Jahrzehnten gute Argumente gegen AKWs, Uranabbau, Atomtransporte etc. Die Gefahren dieser Technologie sind nicht nur in der Anti-Atombewegung bekannt. Uns fehlen nicht die Argumente, uns fehlt Gegenmacht.
Ein Blick auf die Stärken und Schwächen der Anti-Atom-Bewegung ist für uns deshalb interessanter als eine Kritik am Atomforum.



Aus dieser Perspektive begrüßen wir die Initiative WiderstandsMix, welche parallel zur Tagung im Maritim-Hotel Diskussionsveranstaltungen und Aktionen organsiert hat, bei denen nicht nur über "die da oben" gejammert wird. Außerdem bricht die Initiative mit der Routine, nur noch während der alljährlichen Anti-Castor-Proteste im November aktiv zu werden. Wir haben uns deshalb über die Initiative gefreut und sehen unsere Aktionen als Teil des Mixes. Sie sollen ein bisschen militante Hintergrundmusik (Punkrock) zum Flugblattverteilen und Kundgebungen-Abhalten sein (oft eher Blues, finden wir). Wir finden unsere Aktionen nicht automatisch wichtiger oder besser. Sie bringen aber unseren Hass auf die herrschende Ordnung oft besser zur Geltung.
Wir verabscheuen diese Ordnung auch, weil sie Tote billigend in Kauf nimmt, wenn es sich rechnet oder wenn es der Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Herrschaft dient. Billigend in Kauf genommen wurde zum Beispiel der Tod von Sébastien Briat. Er wurde am 7. November 2004 in Frankreich während einer Widerstandsaktion vom Castor-Zug überrollt. Wut und Trauer über diesen sinnlosen Tod waren eine Motivation für unsere Aktionen.

Nach dem Tod von Sébastien forderten Rebecca Harms, Jürgen Trittin und andere Politiker/innen von der Anti-Atom-Bewegung, sie solle ihre Aktionsformen auf Demonstrationen und Kundgebungen zusammenkürzen. Den Gefallen werden wir ihnen nicht tun.
Wir werden uns weiterhin mit den Mitteln einmischen, die wir für richtig halten. Diese liegen auch weiterhin innerhalb des Konsens der Anti-Atom-Bewegung, keine Menschenleben zu gefährden.

Nach dem "Atomkonsens" hat der Anti-Atom-Widerstand eher an Schärfe verloren. Das Ziel linksradikaler Politik sollte momentan sein, alternative Vorstellungen von gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber dem herrschenden Konsens wieder denkbar zu machen. Auch gegenüber dem Atomkonsens. Das kann nicht nur, aber auch durch militante Aktionen geschehen.

Wir würden uns freuen, wenn sich wieder mehr Gruppen an militanten Aktionen beteiligen oder eigenständig aktiv werden. Wie gesagt, wir für unseren Teil bleiben in Bewegung.

Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit.
Für eine weniger verrückte Welt – Kapitalismus abschaffen.

autonome gruppen / peng-zong-kollektiv

Demo gegen Brechmittel in Bremen



Am 27.12 04 wurde der 35jährige Laye Kondé aus Sierra Leone in Räumen des Bremer Polizeipräsidiums ertränkt. Ein sog. "Arzt" des ärztlichen Beweissicherung sdienstes hatte ihm zusammen mit zwei Polizeibeamten mittels einer Nasensonde gewaltsam soviel Wasser eingeflößt bis die Lunge vollief. Infolge Sauerstoffmangels führte dies zum Hirntod, am 7. Januar verstarb Laye Kondé.

Zahlreiche Gruppen, Vereine und Initiativen riefen für den 15.1.05 zu einer Demo in Bremen gegen die Praxis der Brechmittelvergabe auf an der sich 1000 DemostrantInnen beteiligten.

Redebeitrag der Roten Flora zum Tod von Laye Kondé

Am o7. Januar wurde Laye Kondé durch die Vergabe von Brechmitteln umgebracht. Der Mord an Laye erinnert auf erschrekkende Weise an die Umstände des Todes von Achidi John nach der Vergabe eines Brechmittels im Rechtsmedizinischen Institut der Hamburger Uniklinik im Dezember 2001.
Noch im Sommer 2001 war unter dem damals rot-grünen Senat die Einführung der Vergabe von Brechmitteln beschlossen worden. Diese Praxis wurde nach dem Wahlsieg von CDU und Schill natürlich fortgesetzt.
Ohne hier jetzt auf den komplexen Zusammenhang der Debatten um innere Sicherheit und law-and-order Politik eingehen zu können, ist für uns die Brechmittelvergabe zur sogenannten "Dealerbekämpfung" ein Teil des rassistisch motivierten Ausschlusses von Flüchtlingen. Dabei stehen Drogendealer für das vermeintlich gefährlich Fremde, das von außen kommt. In der öffentlichen Wahrnehmung wird ein leicht zu akzeptierendes Feindbild geschaffen, das die Ausgrenzung von Migranten und Migrantinnen legitimieren soll.

Das Wechselspiel zwischen rassistischen Parolen von Politikern und Politikerinnen und autoritärer Stimmung in der Gesellschaft funktioniert prima!
Dabei dient der Einsatz von Brechmitteln zur Befriedigung des Strafbedürfnisses in der Bevölkerung - mit tödlicher Konsequenz.

So erklärte im Dezember 2001 anlässlich des Todes von Achidi John der damalige Fraktionsvorsitzende der Schillpartei in der Hamburger Bürgerschaft: "Wer die Menschenrechte anderer mit Füßen tritt - und das tun Drogenhändler - muss damit rechnen, dass eigene Rechte missachtet werden."

Der Justizsenator Kusch setzte noch eins obendrauf, indem er sagte: "Eine Änderung der Verordnung wäre ein Signal, dass die Strafverfolgung in Hamburg nicht mit der gebotenen Härte durchgeführt wird."
Dieser menschenverachtende Zynismus findet sich auch in den aktuellen Äußerungen der politisch Verantwortlichen in Bremen wieder:
So liess der Bremer Innensenator Röwekamp verlauten:

"Ich halte es für völlig gerechtfertigt mit unnachgiebiger Härte gegen solche Leute, die Drogen gewerbsmäßig verkaufen vorzugehen, und dann müssen sie eben auch in Kauf nehmen, dass sie ein Brechmitteln verabreicht bekommen.....Ich gehe davon aus, dass der Mann nicht stirbt. Wenn er stirbt, hat das nichts mit der Verabreichung von Brechmitteln zu tun."

Er kann sich dabei sicher sein, dass auch die Bevölkerung den vermeintlichen schwarzen Dealer kotzen sehen will.
Die geäußerten "Selbst-Schuld" Kommentare dürfen dabei als verklausulierte Aufrufe zur Selbstjustiz verstanden werden.

Die Vergabe von Brechmitteln gilt als außergerichtliche Bestrafung vor Ort und soll andere abschrecken. Dass allein der Verdacht ausreicht den rassistisch motivierten Einsatz durchzuführen ist hinlänglich bekannt. Der Tod wird hier billigend in Kauf genommen.

Menschenwürde scheint nur noch für die beteiligten Repressionsorgane zu gelten, nicht aber für die von dieser Praxis Betroffenen. So warnt der CDU-Fraktionschef im Bundestag Wolfgang Bosbach davor, "diesen Fall zum Anlass zu nehmen, den Einsatz von Brechmitteln zu verbieten." Die einzige Alternative wäre schließlich, Polizeibeamte, "mit ihren Fingern in den Exkrementen der Verdächtigen wühlen zu lassen." Das sei mit den Menschenrechten der Polizei unvereinbar.

Nachdem Bremen aufgrund des Mordes an Laye die Vergabe von Brechmitteln vorläufig ausgesetzt hat, hält Hamburg trotz des erneuten Todesfalls an dieser Praxis fest. So ließ der innenpolitische Sprecher der SPD in Hamburg verlauten Brechmittel seien ein "grundsätzlich geeignetes Mittel der Beweissicherung."
Verantwortlich für die Durchführung der Brechmitteleinsätze hier ist der Bremer Senat, im besonderen Bürgermeister und Justizsenator Henning Scherf und Innensenator Thomas Röwekamp.
Verantwortlich für die Ausführung sind die in ihrem Sinn handelnden Ärzte insbesondere der Rechtsmediziner Michael Birkholz.
Sie alle sind zur Verantwortung zu ziehen!

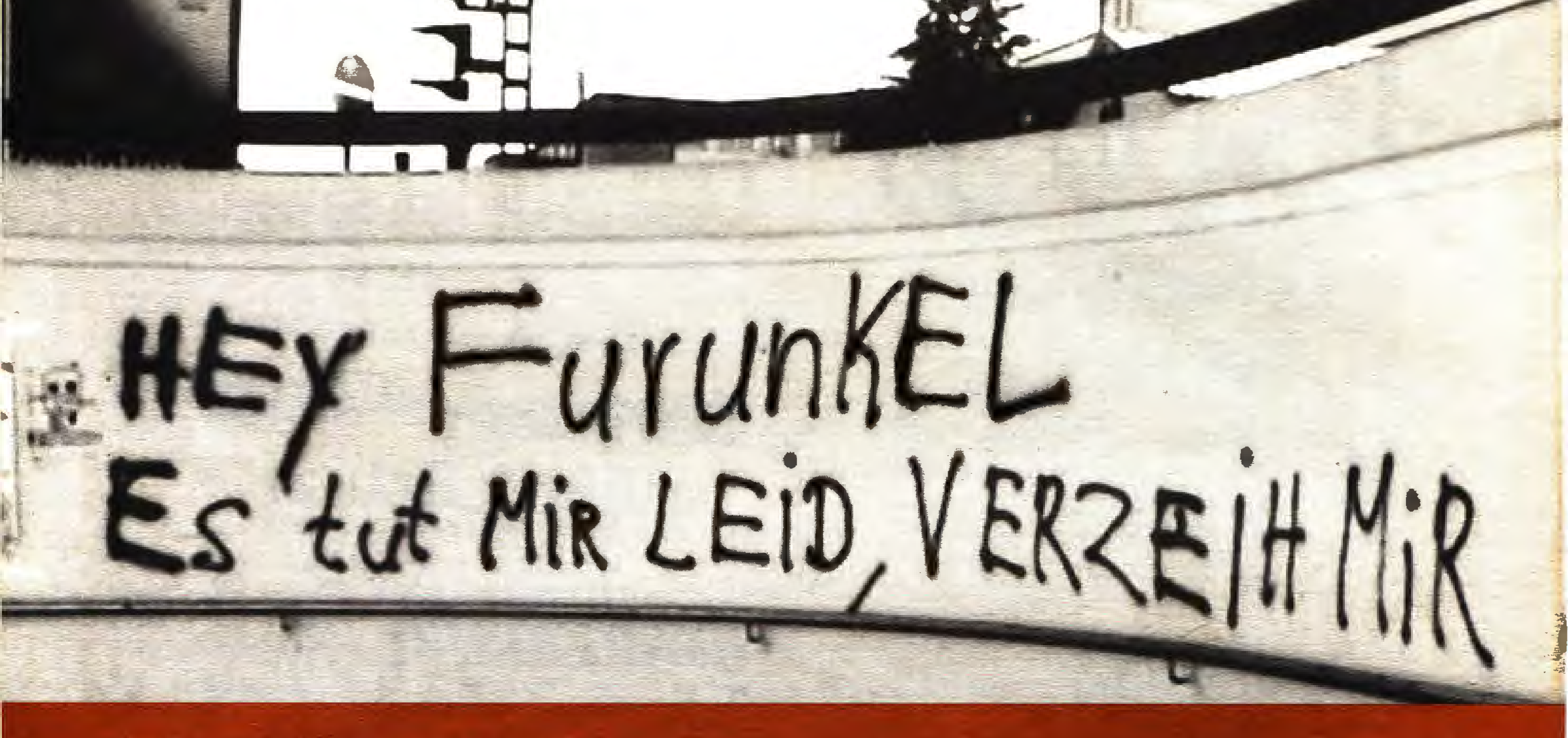
Wir trauern um Laye und Achidi und fordern:
Sofortiger Stopp der Brechmitteleinsätze
Schluß mit der rassistischen Polizeigewalt
Legalisierung aller Drogen

Rohes Neues Jahr
Was geschieht "nach" dem Agenturschluss?

In 84 Städten, wenn denn richtig gezählt wurde, fand am 3. Januar 2005 der "Agenturschluss" statt.
"Arbeitsagenturen und PSAs (Personal Service Agenturen) am 3. Januar lahmlegen!" hieß es im Aufruf .
Wohl die wenigsten Arbeitsagenturen haben am 3. Januar wirklich "dichtgemacht", und wenn doch, so durch Staatsbeamte mit oder ohne Uniform, wie etwa in Berlin oder in Bremen.
Es war auch nicht Ziel der Kampagne, die Agenturen tatsächlich zu schließen, sondern im Gegenteil, sie für alle zu öffnen und einen anderen Raum daraus zu machen. Vorschläge dazu gab es in den Vorbereitungen in Hülle und Fülle: Vollversammlungen der Betroffenen und Angestellten, die Gründung von Arbeitslosenräten, Demos durch die Flure der Agenturen. Kritische Gespräche mit den Angestellten sollten geführt werden, und die Arbeitslosen sollten miteinander diskutieren. Der angstvolle und repressive Alltag in den Agenturen sollte gestört werden.
"Dichtmachen" - das wäre kontraproduktiv gewesen. In den Diskussionen wurde sich erhofft, daß die etwa 130.000 ALG II-(Arbeitslosengeld II)-EmpfängerInnen, die kein Geld bekommen hatten, auf der Matte stehen und ihre finanzielle Unterstützung einfordern würden; bundesweit waren es 300, die sich Schecks abholten.
Der Plan, Vollversammlungen und Ratsgründungen durchzuführen, ist zum momentanen Zeitpunkt nicht realistischer als die vollkommene Blockade einer Agentur. Es bedarf einer kontinuierlichen Arbeit und Vernetzung, um einen solchen Schritt wagen zu können.
Genau in diesem Sinne war "Agenturschluss" auch keine Kampagne für einen einzelnen, symbolisch gewählten Aktionstag. Zur Kampagne gehörte im Jahr 2004 genauso gut die bundesweite Demonstration am 6.11. zur "Bundesagentur für Arbeit" in Nürnberg und der vielfache Aufruf, die ALG II-Anträge erst verzögert und dann massiv abzugeben, selbst wenn mensch genau wusste, daß mensch nicht ALG II-berechtigt sei.
Auch der Versuch, schon im Vorfeld Kontakt zu den Angestellten der Agenturen aufzunehmen, war Bestandteil der Kampagne.
„ [...] Unser Protest richtet sich NICHT gegen diejenigen Beschäftigten der Agenturen und der Ämter, die sich ebenfalls dagegen wehren, dass Menschen derart entwürdigend behandelt werden sollen - wir hoffen und bauen auf die gegenseitige Solidarität!", heißt es in einer Fassung des offenen Briefs, der vielerorts an die Angestellten verteilt wurde. Selbstverständlich ging damit eine Kritik an Verfolgungsbetreuung, Sozialschnüffelei, etc. einher.
Aus der Bewertung des 3.1. heraus hat sich das Treffen auf ein WEITERMACHEN mit Nachdruck und die Zuspitzung einer nächsten bundesweiten Aktion gegen 1-Euro-Job-Zumutung am 25. April verständigt
Mehrfach geäussert wurde der Wunsch nach Kontinuität bei der Wahl der Arbeitsschwerpunkte von Agenturschluss. Neben der eventartigen Intervention muss es ein Aufgreifen sozialer Prozesse geben. Dazu muss das Einklinken in überregionale Aktivitäten auch lokal geerdet sein, also einen längerfristig praktischen Kern besitzen. Angestrebt ist ein politisches Zuspitzen im Sinne einer solidarisch verbreiterten "kollektiven Selbstverteidigung".

Das Treffen hat sich einhellig für eine Fortführung der Bekämpfung der HartzIV-Umsetzung entschieden. Die Umsetzungspraxis inklusive der unmittelbaren Auswirkungen soll im Fokus weiterer Agenturschluss-Aktivitäten stehen. Neben der Fortführung der kritischen Untersuchung auf den Arbeitsämtern inklusive direkter Aktionen gegen schikanierende FallmangerInnen soll es einen klaren gemeinsamen Schwerpunkt geben. Mit Blick auf die Fragen: "Wo liegen die einschneidensten Konsequenzen dieses sozialen Angriffs?", "wo sind mittelfristig größere Probleme zu erwarten?", und somit auch "wo sehen wir Chancen für eine wirkungsstarke Intervention?" hielten die meisten Anwesenden eine Offensive gegen die Etablierung von 1-Euro Jobs für aussichtsreich. Die Notwendigkeit einer starken Mobilisierung zum jetzigen Zeitpunkt sahen einige unter anderm wegen des Vorstoßes der IHK, derartige Ausbeutung und Disziplinierung auch über Beschäftigung "im öffentliche Interesse" hinaus auf private Unternehmen auszudehnen. Viele auf dem Treffen halten den derzeitigen Akzeptanz-Höhenflug der 1-Euro-Maschinerie mit all den glücklichen 1-Euro-JobberInnen für begrenzt. Niemand von uns war ernsthaft überrascht, dass es (zunächst) große Nachfrage nach diesen "Jobs" gibt. Denn die vermeintliche Freiwilligkeit in der Einführungsphase ist wegen der nun drastisch zusammengestrichenen anderen Nebenverdienstmöglichkeiten eine nicht ganz so freiwillige Sache. Die Leute sehen sich gezwungen, die paar Euro hinzuzuverdienen. Dennoch knirscht die Sache und die Prognose vieler auf dem Treffen lautete: Die Popularität der 1-Euro-Jobs könnte bald sinken, der Unmut steigen.
In einigen Städten sind bereits Details bekannt sowohl über das gegenwärtige und zukünftig geplante Zusammenspiel von Arbeitsagenturen+Jobcentern, kommunalen und kirchlichen Beschäftigungsträgern und weitere Profiteuren solcher 1-Euro Jobs als auch über die Praxis in den Einsatzstellen selbst.
Eine überregional zusammengefasste, aber regional durchgführte militante Untersuchung soll Grundlage für treffsichere Interventionen sein. Umfragen, Beschwerde- und Dokumentationsstellen, anonyme Foren und vor allem der konkrete "Recherche-Spaziergang" in Einrichtungen und sogenannten Fachstellen für "Gemeinwohlarbeit" (durchaus in größeren Gruppen) wurden als Untersuchungsmethoden vorgeschlagen und zum Teil bereits praktiziert. Hierbei ist die Untersuchung in Form und Inhalt Teil der Intervention. Die konkrete Nachfrage nach den Arbeitsbedingungen, die Aufforderung zu Dienst nach Vorschrift, Krankfeiern und Sabotage an den Einsatzstellen für Ein-Euro-JobberInnen sorgten bereits mancherorts für Unruhe. Spannend wären sicherlich auch spontane Betriebsversammlungen bei den großen Trägern und längerfristig die Initiierung des ersten bundesdeutschen 1Euro-JobberInnen-Streiks.
Um die Sichtbarkeit des Widerstands gegen 1-Euro Jobs und den politischen Druck zu erhöhen, sollen diese Aktivitäten und Untersuchungen in eine öffentlich angekündigte, bundesweit dezentrale Aktion am 25. April 2005 münden.
Mit dieser Themensetzung und dem bis dahin gewonnenen Schwung wollen viele auch ihren 1. Mai bestreiten.
Noch ungeklärt blieb auf diesem Treffen, ob dafür bundesweit ein zentraler Beschäftigungsträger ins Visier genommen werden soll, oder -wegen der derzeit regional stark unterschiedlichen Organisation (bei Einrichtung, (Zwangs-)Vermittlung, Pseudoqualifizierung)- regional ausgesucht werden soll. Einige sprachen sich dafür aus, insbesondere die kirchlichen Beschäftigungsträger anzugreifen. Diese befinden sich in der internen Debatte gegenüber ihren Gemeinden häufig eh schon in der Defensive und können sich (anders als die kommunalen) nicht auf einen vermeintlichen All-Parteien-Beschluss in städtischen Gremien berufen.
Die ersten Zwischenergebnisse aus der Unterschungsarbeit der einzelnen Städte soll hier eine Entscheidung bringen.
Thematisch über den Niedrig(st)lohnsektor eng verbunden wollen sich zusätzlich mehrere Städte -exemplarisch für die Auswirkungen des sozialen Angriffs auf (prekär) Beschäftigte- dem Discounter LIDL widmen. Materialen zu bisherigem Widerstand und den Zumutungen der Beschäftigungspolitik von LIDL,Schlecker, Aldi gibt es reichlich.

Bündnis Agenturschluß



Flora Programm

Freitag, 4.3.
21Uhr Konzert
mit der aus Valencia stammenden anarcho-emo-crust band pulpita de fruta und der Amsterdamer Frauen queer-punk kapelle de fatwas

Samstag, 5.3.
11 Uhr Harburg Nazi-Kundgebung verhindern.
Für diesen Tag mobilisieren Nazis zum dritten Mal in diesem Jahr nach Harburg.
Nazi-Treffpunkt: 11 Uhr Herbert-Wehner-Platz
Sorgen wir dafür, dass diese Nazi-Kundgebung für die Nazis zur Niederlage wird, wie ihr Infostand Anfang Februar.

15Uhr Demonstration gegen das Hotel im Wasserturm und das geplante Polizeigesetz.
Schwerpunkt der überregionalen Demo ist die Kontrolle und Überwachung öffentlicher Räume und die Einführung des neuen Hamburger Polizeigesetzes. Das neue Polizeigesetz wird das schärfste der Bundesrepublik und ermöglicht der Innenbehörde umfangreiche Repressionsmittel. Vom finalen Todesschuß, über den Einsatz von "Teaser"-Stromschockdistanzwaffen z.B. auf Demonstrationen, zu verlängertem vorbeugendem Gewahrsam, Gebietsverboten und willkürlicher Personalienfeststellung an so genannten "gefährlichen Orten" reicht das neue Paket. Eingesetzt werden soll z.B. die Videoüberwachung auch am Sternschanzenbahnhof.

Freitag, 18.3.
21Uhr Konzert: Der Trend
("sie haben einen Auftrag" und zwar die Diensleistung Punk in der Nähe der Fehlfarben und als hätten die es wirklich geschafft eine geniale Reunion hinzulegen). playrude ("postriofpunkrock". Diese Klammer ist weitaus kürzer als obige, aber ihre single ist extrem großartig)

Donnerstag,24.3., 21Uhr
Releasekonzert: Knistern präsentiert uri geller (punkiger Soul mit vertrackten Rhythmen).
Das Label Knistern hat letztes Jahr vier 7" Platten mit experimenteller Rockmusik rausgebracht. Platte#6 ist "Soul; and the loss of it" der Hamburger Band uri geller (Conlon Nacarrow trifft auf James Brown).

Freitag 25.3.
21Uhr Skankonzert: saggaroi (Baskenland)

Regelmäßige Flora Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes Essen ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Dienstag 18-23 Uhr Dubcafe Mittwoch 19 Uhr "Wie es euch gefällt-artcafe Donnerstag 19.30 Uhr Anti-Castor Cafe jeden 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes Essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Samstag food not bombs veganes Essen Sonntag ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen Studio F (FSK 93.0) sendet ganztätig aus der roten Flora